

Gegen Vergessen **FÜR DEMOKRATIE**

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



■ **Hans-Jochen Vogel zum 90. Geburtstag**

Schwerpunktthema:

Politische Bildung



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,



Ende November hat unsere Vereinigung in Duisburg ihre jährliche Mitgliederversammlung durchgeführt. Trotz der Vakanz in der Vorsitzendenfrage konnten wir auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken: Nie gab es mehr Veranstaltungen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., niemals mehr Projekte als im Zeitraum November 2014 bis Oktober 2015.

Allerdings prägten auch die Zeitläufte unsere Diskussion in Duisburg. Anders als in der gegenwärtigen Gesellschaft haben wir schwierige Fragen wie die Flüchtlingsfrage zwar kontrovers, doch im Geist der Verantwortungsethik differenziert miteinander diskutiert.

Für die große Mehrheit ist es keine Frage, dass wir in Deutschland in besonderer Weise zu humanitärer Hilfe verpflichtet sind und doch wissen, dass wir nicht alleine die Probleme der Welt schultern können. Keine Frage, dass die Zuwanderung kanalisiert werden muss – auf welche Weise, ist sehr schwer zu beantworten. Jedenfalls spricht vieles dafür, dass Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sich im Hinblick auf die Integration von Flüchtlingen stärker engagieren sollte. Keine Frage, dass wir sie für unsere politische Kultur gewinnen sollten, die auf dem Hintergrund unserer Geschichte zu sehen ist. Das schließt ein dialogisches Erinnern nicht aus.

Wichtig ist, sich folgende grundsätzliche Einsichten klar zu machen: Jede historische Konstellation weist Besonderheiten auf, die ernst zu nehmen sind. Wir plädieren für das Ernstnehmen unserer historischen Erfahrungen, wissen aber auch, dass wir unser Wertesystem immer wieder neu bezogen auf die jeweiligen Herausforderungen zu interpretieren haben.

Für unsere politisch-gesellschaftliche Diskussion in Deutschland wäre es vorteilhaft, wenn wir mit der moralischen Überhöhung politisch-gesellschaftlicher Positionen zurückhaltender wären und darauf verzichteten, für uns selbst die Moral in Anspruch zu nehmen und sie anderen abzusprechen. Dies gilt auch für unser Verhalten gegenüber den europäischen Partnern, so ärgerlich deren Politik auch sein mag. Es muss im Übrigen

Ebenen geben, auf denen Konflikte zwischen den Kulturen zur Sprache kommen. Unsere demokratische politische Kultur muss den Rahmen darstellen, in dem über diese Konflikte gesprochen wird, um Lösungen zu finden.

Wir treten gerade angesichts der gegenwärtigen Probleme für eine lebendige Zivilgesellschaft ein, in der das ehrenamtliche Engagement eine wichtige Stütze ist. Wir wissen auch um die Notwendigkeit eines handlungsfähigen „starken“ Staates, der Rechtsordnung und Gewaltmonopol in alle Richtungen durchsetzt. Die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sind ebenso wenig hinnehmbar wie die Geschehnisse in Köln und anderen Städten in der Silvesternacht.

Mit den Trends zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus werden wir uns nicht abfinden. Auf der einen Seite muss Politik grassierender Verunsicherung und Angst entgegentreten und Probleme bewältigen, auf der anderen Seite haben wir aufzuklären über die unzureichenden und potenziell inhumanen Konzepte des Rechtsextremismus und auch des Rechtspopulismus.

Das ist auch eine der Aufgaben der politischen Bildung, die das Schwerpunktthema dieser Ausgabe bildet. Gerade hier müssen gesellschaftliche Veränderungen aufgenommen und neue Bildungsformate entwickelt werden, wie die Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, Ina Bielenberg, im Interview in diesem Heft deutlich macht. „Demokratie ist ein Schatz, den wir haben, den wir pflegen und dessen Wert wir immer wieder deutlich machen müssen.“ Dieser Satz von Frau Bielenberg umschreibt ganz gut, was uns als Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in unserer Arbeit in Vorstand, Geschäftsstelle und Regionalen Arbeitsgruppen umtreibt.

Mit den besten Grüßen
Ihr/Euer

Bernd Faulenbach

Bitte merken Sie sich schon jetzt den **Termin der Mitgliederversammlung 2016** vor: Sie findet gemeinsam mit der Preisverleihung am **Samstag, 19. November 2016, in Kassel** statt. Für den Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ sucht die Geschäftsstelle bis zum 30. April 2016 Vorschläge für die diesjährigen Preisträger und bittet dabei um Ihre Mithilfe. Ausgezeichnet werden soll eine Person des öffentlichen Lebens oder eine Organisation, die sich in herausragender Weise um die Ziele des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verdient gemacht hat. Die bisherigen Preisträger kommen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen und haben eines gemeinsam: Sie haben sich über den Grad hinaus engagiert, den ihre Funktion eigentlich nahelegt, und eignen sich als Vorbilder für andere. Die genauen Richtlinien finden Sie unter: www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/preis-gegen-vergessen-fuer-demokratie.html

Wenn Sie einen **Vorschlag für den Preisträger 2016** haben, dann wenden Sie sich bitte **bis zum 30. April 2016** an die Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., am besten über Mail (info@gegen-vergessen.de). Es genügen eine kurze Erklärung, was die Person oder die Einrichtung preiswürdig macht, und ein Hinweis, wo wir mehr Informationen oder Ansprechpartner finden können.



Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

THEMEN

Zum 90. Geburtstag von Hans-Jochen Vogel	4
„Demokratie funktioniert nur, wenn alle mitmachen können.“	8
Unterwegs im Dschungel der Demokratie	11
Publikation: Widersprechen! Aber wie? Argumentationstraining gegen rechte Parolen	16
Die gesellschaftliche Verantwortung des Sports	18
Hermann Lüdemann	20
Demokratiearbeit am Beispiel einer Straßenumbenennung in Wolfsburg	22



AUS UNSERER ARBEIT

Mitgliederversammlung 2015 in Duisburg	24
Zwei Preise in der Duisburger Salvatorkirche verliehen	26
RAG München: Der Wandel des Gedenkens an den 9. November 1938	27
RAG Südhessen: Schüler gegen das Vergessen	29
RAG Thüringen: Besuch der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus	31
RAG Baden-Württemberg: Erinnern in der Sprache des Auges	33
RAG Südhessen stellt sich vor	35



NAMEN UND NACHRICHTEN

Ausstellung „Der Weg zur Deutschen Einheit“ auf Arabisch	36
„Lebensunwert, unerwünscht“, ein Dokumentarfilm von Guillaume Dreyfus	37
Neue Repräsentanz in Berlin	38
Nachruf auf Johann Legner	39



REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: DDR-Literatur. Eine Archivexpedition. Catt. Ein Fragment Vorwärts zu Goethe? Zwischen Öffnung und Abgrenzung	41
Wir können warten oder Der Roman Ullstein	44
Gedenkstättenpädagogik	45



IMPRESSUM

VORSTAND UND BEIRAT



Bernd Faulenbach

Zum 90. Geburtstag von Hans-Jochen Vogel

Der Gründungsvorsitzende unseres Vereins, Hans-Jochen Vogel, wurde am 3. Februar 90 Jahre alt. Für uns ein Anlass, mit Dankbarkeit zurückzublicken. Manche nennen Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nach wie vor „Hans-Jochen Vogels Verein“, was keineswegs abwertend gemeint ist. Hans-Jochen Vogel hatte nicht nur entscheidenden Anteil an der Gründung, er prägte den Verein über Jahre in unvergleichlicher Weise, was bis heute nachwirkt. Nach wie vor engagiert sich Vogel für diesen Verein in großartiger Weise, obgleich auch er Alter und Krankheit Tribut zollen muss und inzwischen München nicht mehr verlässt. Viele Mitglieder sind durch ihn in die Vereinigung eingetreten und ihm nach wie vor persönlich verbunden.

Im Jahre 1993, als Vogel zusammen mit anderen den Verein gründete und den Vorsitz übernahm, war er dabei, von der aktiven Politik im engeren Sinne Abschied zu nehmen. Er selbst charakterisiert in seinen Erinnerungen, die mit dem Ausscheiden aus dem Bundestag 1994 beginnenden Jahre als „dritten letzten Lebensabschnitt“ – nach seiner Münchener Zeit und seinen Bonner und Berliner Jahren.

Hans-Jochen Vogel gehört zweifellos zu den markantesten Figuren der deutschen Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. 1960 – im Alter von 34 Jahren – wurde der „Einserjurist“ zum Oberbürgermeister Münchens gewählt. Unter seiner Regierung vollzog München eine ausgesprochene Modernisierung, ohne seine Besonderheiten zu verlieren. 1972 wurde München Stadt der Olympischen Spiele, die der Welt ein neues demokratisches Deutschland zeigte. Vogel wechselte dann in die Bundespolitik, wurde Städtebauminister im Zweiten Kabinett Willy Brandts, in dem er unter anderem die rechtlichen Grundlagen des Städtebaus reformierte. Unter Kanzler Helmut Schmidt wechselte er ins Justizressort, in dem er den RAF-Terror mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfte und zusammen mit Kanzler Schmidt schwierige Entscheidungen im Herbst 1977 zu fällen hatte. Nach einem Intermezzo in Berlin als Regierender Bürgermeister und als Oppositionsführer im Abgeordnetenhaus kehrte er in die Bundespolitik zurück, wurde SPD-Kanzlerkandidat, Oppositionsführer im Bundestag und dann auch – nach dem Rückzug Willy Brandts – SPD-Vorsitzender. Keine Frage, Vogel war ein aus-



Hans-Jochen Vogel redet bei der ersten öffentlichen Veranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie am 1. November 1993 in Bonn.

gesprochen profilierter, durchaus kämpferischer Politiker, der Kompetenz in einer ganzen Reihe von Bereichen besaß, den aber zugleich die Fähigkeit zur Integration auszeichnete. Wie sehr ihm die Menschen vertrauten, wurde mir deutlich, als wir vor etwa 15 Jahren zu Fuß gemeinsam ca. 1 km in Berlin zurücklegten, die Menschen ihn erkannten und ihm ihre politischen Anliegen und Sorgen vortrugen. In ähnlicher Rolle hatte ich ihn schon Ende der 1980er-Jahre wahrgenommen.

Ein idealer Gründungsvorsitzender

Bei der Gründung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. 1993 kamen verschiedene Momente zusammen: zum einen die Absicht früherer Verfolgter der NS-Zeit, ihr Anliegen der kritischen

Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit zu institutionalisieren und dauerhaft zu machen, zum andern das Erschrecken über ausländerfeindliche Aktionen mit Todesopfern in der Gesellschaft des vereinigten Deutschland und der Wille von Persönlichkeiten, sich vor dem Hintergrund der Geschichte mit diesen Tendenzen nicht abzufinden. An der Spitze dieser Gruppe stand Hans-Jochen Vogel, der den Vorschlag von Heinz Putzrath, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, zur Gründung des Vereins aufgriff, ihn aber ein Stück weit umformte. Insbesondere setzte er eine Überparteilichkeit der neuen Vereinigung durch und brachte zusätzliche konzeptionelle Impulse ein. In dieser Gründungsphase, in der auch

Foto: AdisD

Heinz Westphal, der Bundestagsvizepräsident a.D., mit dabei war, konnte eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, überwiegend durch Vogel selbst, gewonnen werden: Hanna-Renate Laurien, Friedrich Schorlemmer, Burghardt Hirsch, Wolfgang Lüder – auch der Autor dieser Zeilen wurde von Vogel angesprochen, hatte jedoch schon vorher mit Putzrath über die Gründungsidee gesprochen. Hans-Jochen Vogel war geradezu ein idealer Gründungsvorsitzender; er war ein herausragender Politiker mit viel Erfahrung und der Fähigkeit zum konzeptionellen und organisatorischen Aufbau. Er galt als fair und hatte durchaus auch Beziehungen zu den anderen Parteien, auch zur CDU. So unterschiedlich die Brüder Hans-Jochen und Bernhard Vogel waren und sind, Hans-Jochen ist Sozialdemokrat, Bernhard Christdemokrat (in den 1990er-Jahren war er thüringischer Ministerpräsident): In der Frage der Bewahrung der Erinnerung an NS-Zeit und Krieg und im entschiedenen Eintreten für die offene pluralistische Demokratie stimmten die Brüder überein und traten gelegentlich sogar gemeinsam auf. Bis heute vertreten sie in diesem Themenfeld ähnliche Positionen.

Dass Hans-Jochen Vogel sich die Sache des Vereins zu eigen machte, ihr seinen Stempel aufdrückte, Mitstreiter aus anderen Parteien gewann, seine Reputation, sein Beziehungsnetz und vor allem auch seine Energie und Durchsetzungsfähigkeit einbrachte, war zweifellos ein Glücksfall für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Anfangs handelte es sich um einen noch überschaubaren, doch wachsenden Kreis. Er versuchte zunächst, mit Organisationen mit ähnlichen Anliegen zusammenzuarbeiten und kleinere Projekte zu fördern, aber auch eigene Tagungen und Zeitzeugenprojekte durchzuführen, ein Jahrbuch herauszugeben und vieles mehr. Der bald 600 Mitglieder aufweisende Verein beschloss 1995 ein Regionalisierungskonzept, das schrittweise umgesetzt wurde. Heute ist Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mit Regionalgruppen bundesweit vertreten – gewiss gibt es dabei Regionen, in denen wir noch Nachholbedarf haben. Der Verein zählt gut 2.000 Mitglieder und hat im letzten Berichtszeitraum von November 2014 bis Oktober 2015 bundesweit nicht weniger als 423 Termine gestaltet; zudem werden in der Geschäftsstelle verschiedene Projekte mit bundesweiter Bedeutung durchgeführt.

Persönliche Motive

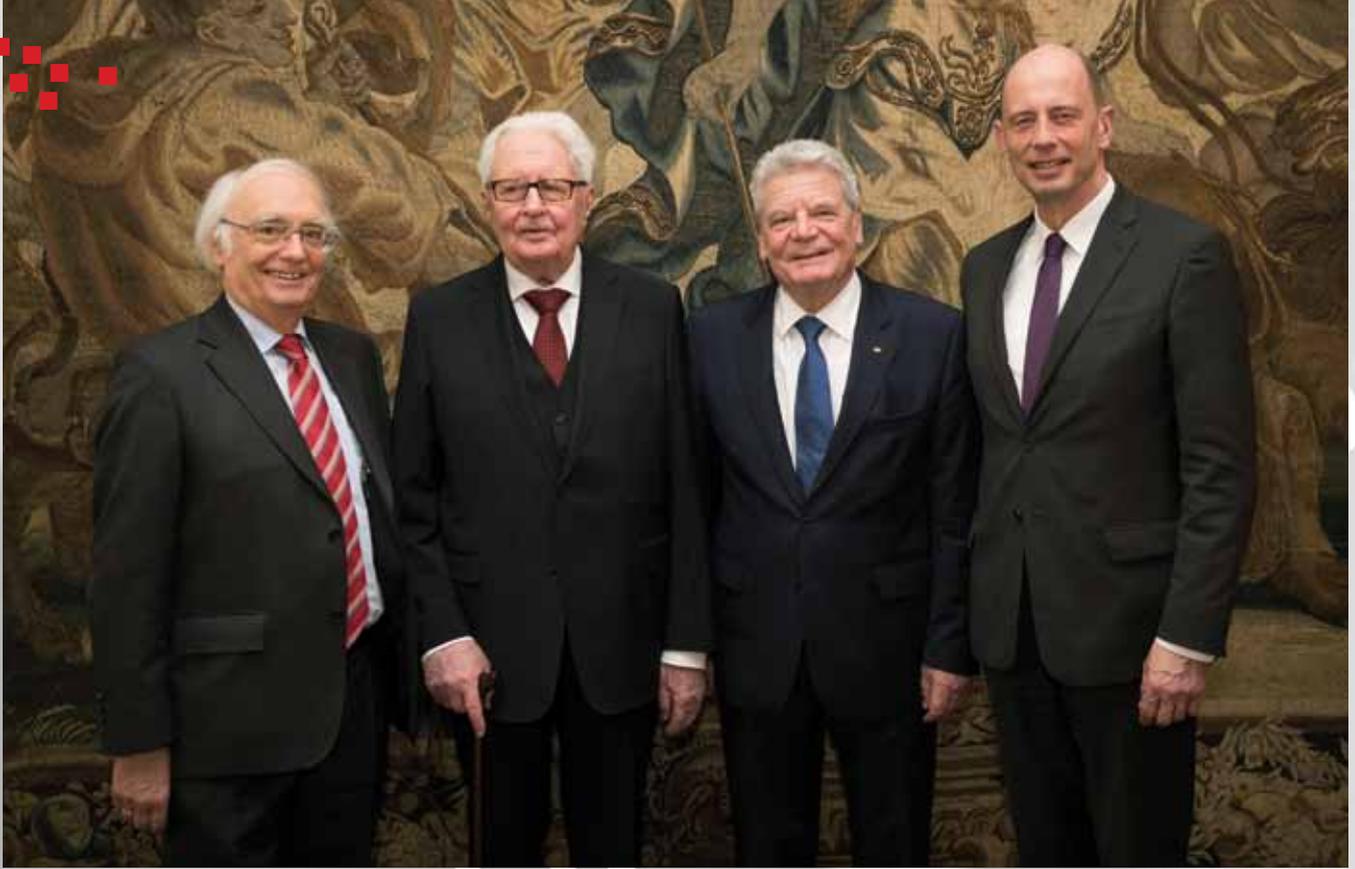
Was war es, das Hans-Jochen Vogel antrieb? Verschiedene Gründe politischer und persönlicher Art dürften sich dabei vermengen. Es fällt jedenfalls auf, dass Vogel schon als Politiker seit den 1960er-Jahren an Zeitgeschichte interessiert war, aber auch an der Geschichte seiner Partei. Dabei entwickelte er besondere Sensibilität für Verfolgte: Verfolgte der NS-Zeit, aber auch der kommunistischen Zeit. Nachdrücklich setzte er sich für bislang unzureichend berücksichtigte Opfergruppen ein. Unter ihm als Justizminister wurde die Verjährung von Mord endgültig aufgehoben, vorher war sie angesichts der noch keineswegs abgeschlossenen strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Verbrechen zweimal verlängert worden. Vogel ging es bei der Aufhebung um ein Zeichen, dass der einzigartige Mord an den europäischen Juden und anderen Gruppen nicht vergessen werden dürfe, sondern weiter rechtsstaatlich aufzuarbeiten sei.

Keine Frage, dass den Politiker Anfang der 1990er-Jahre auch die Sorge um unsere Demokratie angesichts der Mordbrennereien gegenüber Asylbewerbern »

Zum Geburtstag ein Plakat, dachten sich Dr. Michael Parak, Christoph Heubner, Dr. Dennis Riffel, Prof. Dr. Bernd Faulenbach und Martin Ziegenhagen und postierten sich vor dem Münchner Neuen Rathaus, in dem der Festakt der SPD für Hans-Jochen Vogel am 4. Februar 2016 stattfand.



Foto: Conny Baeyer



Gruppenbild mit Vorsitzenden. Das Foto entstand nach dem Ehrenessen des Bundespräsidenten für Dr. Hans-Jochen Vogel zum 90. Geburtstag, zu dem auch der ehemalige Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Wolfgang Tiefensee, sowie der amtierende Vorsitzende Prof. Dr. Bernd Faulenbach geladen waren.

» vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte umtrieb. Darüber hinaus spielten aber – wie er wiederholt erklärt hat – für ihn bei seinem Engagement für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. auch persönliche Motive eine Rolle. Er betonte, dass er als Kind, als Jugendlicher und als Soldat NS-Zeit und Krieg selbst miterlebt habe. Wie die große Mehrheit seiner Generation war er Mitglied der Hitlerjugend, stieg sogar zum Scharführer auf, der eine sogenannte Kulturstelle zu verwalten hatte und dabei mit der Betreuung eines Theaterrings und einer Laienspielschar befasst war. Ihm seien zwar kritische Fragen gekommen, doch sei er „wesentlich im Strom der damaligen Jahre mitgeschwommen, und der Gedanke, man könne, man müsse dem Staat Widerstand leisten“, sei ihm damals nicht gekommen. Ein Moment der Betroffenheit wird hier als Motiv erkennbar. Es hat seine Parallele bei Historikern seiner Generation, die den Aufarbeitungsprozess zur NS-Vergangenheit ganz wesentlich vorangebracht haben: Sie hatten die NS-Zeit als ganz junge Leute erlebt, trugen aber für das Geschehen in der Regel noch keine Verantwortung.

Erinnern für die Gegenwart

Hans-Jochen Vogel hat die Grundidee des Vereins, den Zusammenhang von Erinnerungsarbeit auf der einen Seite und demokratischer politischer Kultur auf der

anderen Seite, in verschiedenen, durchaus noch aktuellen Beiträgen aus seiner Sicht dargelegt. Erinnern und Erinnerung haben für ihn etwas mit der Gegenwart zu tun. In der Tat wird beim Erinnern ein Stück wieder vorgestellter („rekonstruierter“) Vergangenheit in die Gegenwart geholt, d.h. vergegenwärtigt, was eben doch im weitesten Sinne heißt: auf die Gegenwart bezogen, was bedeutet, dass sich das Erinnerte verändert und im Übrigen im Hinblick auf die Vergangenheit selektiv ist. Erinnerung und Gedächtnis können nach seiner Überzeugung in Deutschland nicht an der „größten Katastrophe“ vorbeigehen, „die unser Volk je erlebt hat, deren Ausmaß alles übersteigt, was bis dahin für möglich gehalten wurde“. Erinnern müsse man an die NS-Gewaltherrschaft, den Widerstand, auch an die Ursachen, die zur Katastrophe führten. Nicht um die Konservierung von Schuldkomplexen oder um die Weiterführung von Betroffenheitsritualen gehe es dabei, sondern um die Einsicht für uns und die Nachgeborenen, „wie leicht sich Menschen verleiten ließen und wessen nicht wenige dann in ihrem Fanatismus und in ihrer Mordlust fähig waren“. Erinnern heißt für Vogel, aus der Vergangenheit Lehren zu ziehen und Geschichtsbewusstsein breiten Schichten zu vermitteln.

Erinnern schließt für Vogel eine ernsthaft-

te Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein. Verlöre die Vergangenheit an Eigengewicht, würde sie zum bloßen Mittel für andere Zwecke. Aufsuchen der Geschehnisse der Vergangenheit ist aus Vogels Sicht deshalb nötig, vor allem des Angriffs- und Vernichtungskrieges und der vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehenden Verbrechen, insbesondere des Holocausts. Dabei blieb für ihn die – inzwischen allzu sehr in den Hintergrund getretene – Frage bedeutsam: Wie konnte Hitler an die Macht kommen? Vogel veröffentlichte dazu zusammen mit dem Historiker Klaus Schönhoven ein historisches Lesebuch unter dem Titel „Frühe Warnungen vor dem Nationalsozialismus“.

Für Vogel war es ein Gebot der Glaubwürdigkeit, das Erbe dieser Zeit unter anderem dadurch zu akzeptieren, dass die deutsche Gesellschaft und der deutsche Staat die Opfer entschädigte – auch lange vernachlässigte Opfergruppen. Hans-Jochen Vogel und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. engagierten sich deshalb im politischen Raum durch Stellungnahmen, persönliche Interventionen des Vorsitzenden und anderer für die Entschädigung von Euthanasieopfern, Zwangssterilisierten und Zwangsarbeitern. Plädiert hat Vogel 1997 auch für die Rehabilitierung von Deserteuren und anderen sogenannten Volksverrätern. Dies

waren für ihn praktische Konsequenzen, die aus der NS-Zeit noch zu ziehen waren. Eine notwendige Konsequenz war für ihn auch die Errichtung und dauerhafte Institutionalisierung von Gedenkstätten und Dokumentationszentren. In etlichen Fällen, etwa bei der späten Errichtung des Münchener Dokumentationszentrums, schaltete sich Vogel ein und übernahm dann auch Verantwortung.

Der Wert des Grundgesetzes

Hans-Jochen Vogel möchte aus der NS-Vergangenheit „ex negativo“ politische Orientierung für die Gegenwart gewinnen. Für ihn sind weitere „deutsche Sonderwege“ – die tatsächlich teilweise bewusst angestrebt worden waren – unbedingt zu vermeiden. Unsere im Grundgesetz manifeste Werteordnung ist darüber hinaus als eindeutige Antwort auf die NS-Ideologie zu verstehen. Artikel 1 Absatz 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ markiert den Gegensatz wie der zweite Absatz des Artikels: „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit der Welt.“ In den Artikeln 1-20, doch auch im demokratischen Aufbau der Bundesrepublik manifestiert sich für Vogel ein Denken, das diametral dem Nationalsozialismus entgegengesetzt ist. Umgekehrt zeige die NS-Zeit, was möglich sei, wenn die Menschen- und Bürgerrechte nicht gelten. Vor dem Hintergrund

der Geschichte erhält das Grundgesetz damit eine besondere historische Legitimation.

Die Werte des Grundgesetzes verpflichten nach Hans-Jochen Vogels Überzeugung zum Kampf gegen den Rechtsextremismus, der für ihn wenn nicht ein Kontinuitätsphänomen, so doch eine politische Richtung mit ausgesprochenen Affinitäten zur NS-Ideologie darstellt. Von Anfang an war dementsprechend die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, mit Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ein wichtiges praktisches Arbeitsfeld von „Gegen Vergessen – Für Demokratie“. Generell ist gegen antidemokratische Haltungen vorzugehen, die Jochen Vogel gegenwärtig nicht zuletzt auch darin sieht, dass die Demokratie schlechtgeredet wird. Wer demokratische Parteien und Politik pauschal verurteilt, sei „blind gegenüber dem, was heute wirklich wert ist, geschützt zu werden“. Schon 2003 hatte er festgestellt: „Die Geschichte der Bundesrepublik ist nicht eine einzige Kette von Fehlschlägen und Katastrophen.“

Dass Jochen Vogel die kritische Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Interesse verfolgt hat, sei ergänzend angemerkt. Eine teilweise Fehlwahrnehmung der DDR, was beispielsweise das Ausmaß der Stasi

angeht, hat er eingeräumt, doch haben ihn diese Fragen nicht in gleicher Weise beschäftigt wie die NS-Zeit. Keine Frage aber, dass er sich stets auch gegen den Linksextremismus gewandt hat.

Weiterentwicklung im Sinne des Gründungsvorsitzenden

Sicherlich hat der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in den letzten Jahren einige neue Akzentsetzungen in seiner Arbeit vorgenommen. Dazu gehören die stärkere Berücksichtigung der europäischen Dimension der Erinnerungsarbeit oder eine intensivere Diskussion von Geschichte und gegenwärtigen Problemen der Demokratie, denen auch Integrationsprobleme zuzurechnen sind. Diese Erweiterung bisheriger Aufgabefelder ist sicherlich in Hans-Jochen Vogels Sinne, dessen Verein nach wie vor seiner Idee verpflichtet bleibt: historische Erfahrungen als Auftrag für die Durchsetzung und Weiterentwicklung von Demokratie und Zivilgesellschaft zu betrachten.

Die Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. danken Hans-Jochen Vogel von Herzen für sein Wirken für unseren Verein und wünschen ihm zu seinem 90. Geburtstag alles, alles Gute – insbesondere Zuversicht und Wohlergehen. Wir hoffen, dass er unsere Arbeit noch lange mit Rat und Tat unterstützt. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Anlässlich des 90. Geburtstages von Hans-Jochen Vogel hatte die SPD und die SPD-Bundestagsfraktion zu einem Festakt am 4. Februar 2016 in München geladen. Hans-Jochen Vogel bat seine Gäste anstelle von Geschenken um eine Spende für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Wir freuen uns über insgesamt 6.395 €. Diesen Betrag werden wir für die Kofinanzierung unserer Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ und für Aktivitäten der Regionalen Arbeitsgruppe München einsetzen.

Für diese großzügige Geste bedanken wir uns herzlich bei Hans-Jochen Vogel und seinen Gästen.



„Demokratie funktioniert nur, wenn alle mitmachen können“

Die Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB), Ina Bielenberg, über die Herausforderung, politische Bildung in schwierigen Zeiten zu betreiben. Das Interview führte Markus Bauer.



Lobbyarbeit für politische Bildung: Ina Bielenberg, AdB-Geschäftsführerin

Foto: © Die AGB e.V.

Menschen, die noch suchen, die im Dialog und zugänglich sind oder Ängste haben, bei denen können wir noch etwas ausrichten. Aber Menschen, die z.B. ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben, werden wir mit politischer Bildung nicht erreichen. Im schlimmsten Fall kümmert sich ein Staatsanwalt um sie.

Kritiker verfolgen einen anderen Ansatz: Die wünschen sich alle Energie für die, die sich ohnehin schon positiv in die Gesellschaft einbringen.

Wir müssen die einen und die anderen erreichen. Wir versuchen, gerade auch Menschen für die Demokratie zu gewinnen, die vielleicht noch nicht überzeugt sind.

Brauchen denn überhaupt Menschen, die die Demokratie bejahen, Unterstützung?

Ja, auch die brauchen Stärkung, Schulung und Orientierung – wie zum Beispiel Argumentationshilfe gegen rechtspopulistische Äußerungen. Was mache ich etwa, wenn einer aus meinem Sportverein nicht mit einem Ausländer zusammen spielen will?

Was lernen die Menschen in Ihren Veranstaltungen?

Dass Demokratie ein Schatz ist, den wir haben, den wir pflegen müssen und dessen Wert wir immer wieder deutlich machen müssen. Wir machen dabei aber keine Staatsbürgerkunde. Da steht keiner am Flipchart und erklärt, wie der Bundestag funktioniert. Dann würde niemand freiwillig zu uns kommen. Wir verstehen Demokratie als Lebensform, als das Miteinander der Menschen. Wir fragen uns, wie dieses Miteinander funktioniert und zeigen es den Teilnehmern. Wie kann man konfliktfrei ins Gespräch kommen? Warum muss ich andere Meinungen akzeptieren und wie mache ich das? Wo und wie kann ich mich in meinem Umfeld engagieren? Es ist ein Runterbrechen von Demokratie. Es geht um unseren ganz normalen Alltag.

Wie machen Sie das?

Völlig unterschiedlich. Vom Streitlichterprojekt über das lokal-historische Projekt vor Ort bis zur Zukunftswerkstatt „Wahlrecht“ ...

... an denen der katholische Gymnasiast teilnimmt, der sich weiterbilden will ...

Nein, das alte Klischee stimmt nicht. Im Jugendbereich bilden wir die gesamte Bandbreite der Gesellschaft ab. In der Erwachsenenbildung ist es dagegen tatsächlich oft so, dass diejenigen mit ohnehin hoher Bildungsaffinität sich weiterbilden wollen und ein Interesse artikulieren.

Die wissen auch, wo sie Ihr Angebot finden. Wie erreichen Sie die Menschen, die Bildung brauchen, selbst aber nicht wissen, dass es so ist?

In der Jugendbildung haben wir eine hohe Quote und Erreichbarkeit: über Schulen, Jugendverbände, Vereine, Berufsschulen, bei den Erwachsenen ist es schwieriger. Aber wir orientieren uns nicht am Defizit der Menschen! Die, die kommen, entscheiden sich freiwillig für unsere Angebote. Es ist daher eine Herausforderung, dass Angebot attraktiv und passend zu gestalten. Wir müssen uns dafür immer neu erfinden.

Was sind denn die neuesten Trends und Entwicklungen?

Wir suchen immer neue Kooperationspartner – vom Moscheeverein bis zum Trachtenverein. Prinzipiell ist es aber so, dass der Jugendbereich der innovative Teil unserer Arbeit ist. Wir organisieren zum Beispiel Barcamps. Dafür geben nicht wir die Themen und Referenten vor. Die Jugendlichen machen das im Vorfeld selbst – und zwar online. Oder wir laden zu Alternate Reality-Games ein, über die wir bildungs- und politikferne Jugendliche erreichen. Das sind multimediale Rollenspiele, wo die Grenze zwischen Realität und Fiktion verwischt wird.

Sie sind eine Lobby-Organisation für politische Bildung. Haben Sie in diesen Zeiten mit sinkender Wahlbeteiligung, Pegida-Bewegung, hohen Flüchtlingszahlen und einer vermeintlich politisch desinteressierten Jugend besonders viel zu tun?

Ja. Das alles sind ganz wichtige Themen. Insbesondere unsere Jugendeinrichtungen engagieren sich stark für Flüchtlinge. Wir haben viele Häuser, die minderjährige Flüchtlinge aufgenommen haben oder Seminare, Vorträge und Diskussionen zu diesem Thema anbieten. Darin erklären wir: Warum gibt es Flüchtlinge? Was sind Fluchtursachen und warum gibt es Krisen auf der Welt? Die Mitgliedseinrichtungen arbeiten aber auch mit Flüchtlingen zusammen, schulen Ehrenamtliche oder bieten Flüchtlingen Praktikums- und Ausbildungsplätze an. Und natürlich beschäftigt uns auch Pegida.

Sind die Anhänger von Pegida aus Ihrer Sicht „verlorene Seelen“?

Grundsätzlich ist es unser Anspruch, offen für alle zu sein. Das Gespräch ist besser als die Ausgrenzung. Aber es hängt natürlich davon ab, wie verfestigt das Weltbild ist.



Immer im Dialog. Oft wird auch in den Pausen eines Workshops weiter diskutiert.

Wie wirken diese Methoden? Können Sie Ihren Erfolg messen?

Mir sind dafür keine Instrumente bekannt. Wir können nicht sagen: Wir geben dieses hinein und dafür kommt dann jenes heraus. Das würde aber unserem Anliegen auch nicht entsprechen. Wir wollen ein freiwilliges, partizipatives, lebensweltorientiertes Angebot machen. Die Freiwilligkeit ist dabei entscheidend. Wir haben kein Lernziel, das wir mit einem Test am Ende abfragen. Wir haben natürlich Zielvorstellungen, aber die Teilnehmer entscheiden selbst, was sie lernen und was sie mitnehmen. Dass es aber eine Wirkung gibt, merken wir anhand der

Nachbereitungen, der Feedback-Bögen, der Kommentare auf Facebook oder in Videos. Wir erkennen dann einen Perspektivwechsel, mehr Diskussionsfreude, das Einüben von Argumentationen, das konstruktive Streiten oder das Akzeptieren anderer Meinungen.

Das klingt nach einer langfristigen Wirkung, die nicht ad Hoc per Pille verabreicht werden kann.

Ja, wir können die Menschen nicht einfach eine Woche in ein Seminar schicken, weil wir ein Problem mit Rechtsextremismus oder Salafismus haben. Wir arbeiten langfristig und nachhaltig.

Politische Bildung im Flachbau: LidiceHaus in Bremen

Flexibel auf Trends reagieren können Sie aber schon – zumindest lässt das ihr Jahresthema für 2015, „Globale Migration“, vermuten.

Das ist natürlich ein Volltreffer. Das Thema ließ sich aber erahnen, es ist ja nicht neu. Überraschend ist nur die Wucht. Prinzipiell überlegen wir uns immer Themen, die über ein Jahr tragen und gesellschaftlich relevant sind.

Welche Politik verfolgen Sie dabei?

Unsere Aufgabe und unser Anspruch ist es, nicht am Leben vorbei zu agieren. Aktuelle Themen halten uns am Puls der Zeit. Was ist gesellschaftlich wichtig? Worüber diskutieren die Menschen? Das ist wichtig für uns – auch weil ein Jahresthema eine Klammer für den gesamten Verband ist. Daran können sich alle Einrichtungen mit ihren Angeboten orientieren.

Ihre Jahresthemen spiegeln also auch eine gesellschaftliche Entwicklung wider.

Das ist so. 2016 widmen wir uns z.B. dem Thema Armut und Reichtum. »





Foto: AdB

Nicht immer nur drinnen und im Sitzen: Politische Bildung

» Worum geht es?

Die gesellschaftliche Spaltung zwischen Menschen, die wenig bis nichts haben, und denjenigen, die mehr haben, wird tiefer. Mit dem Auseinandergelien der Schere gefährden wir unsere Demokratie. Vor allem die ohne finanzielle, soziale und kulturelle Ressourcen sind diejenigen, die sich nicht mehr an Wahlen beteiligen – und verlieren damit auch den Bezug zur Politik. Wie stabil kann eine Demokratie sein, wenn sich ein Großteil der Bevölkerung aus diesem System zurückzieht? Darum geht es.

Und Sie glauben, dass die Schere größer wird?

Ja, ich kann eine gefährliche Entwicklung erkennen. Wo zum Beispiel die Arbeitslosenquote hoch ist und viele Menschen Transferleistungen beziehen, da ist auch

die Wahlbeteiligung niedrig. Andersherum gehen wohlhabende, gebildete Menschen sehr viel eher wählen. Das führt dazu, dass diejenigen, die artikulationsfähig sind, über Netzwerke verfügen und Einfluss ausüben, auch politisch gestalten. Die anderen werden vergessen und sehen keinen Sinn darin, sich zu beteiligen. Das ist ein Teufelskreis. Das müssen wir unterbrechen. Wir müssen sie zurückgewinnen und in die Lage versetzen, wieder zu partizipieren.

Tragen Sie also ein Rückzugsgefecht der Demokratie aus?

Ich hoffe nicht, aber man muss die Entwicklung zur Kenntnis nehmen. Ich finde, das ist ein Skandal. Wir haben eine repräsentative Demokratie. Wenn der Großteil nicht wählt, wird es auf Dauer nicht funktionieren.

Und darauf wollen Sie mit dem

Jahresthema aufmerksam machen?

Ja, natürlich. Aber mehr noch: Wir müssen die Nichtwähler erreichen und überzeugen, dass Demokratie ein hohes Gut ist – auch für sie!

Schwierig genug. Ist Ihre Arbeit frustrierend?

Nein, wir haben viele, viele positive Beispiele.

Aber alleine können Sie es trotzdem nicht schaffen, die Menschen zurück zur Demokratie zu holen?

Das stimmt. Da ist auch die Politik gefragt. Die muss ihre Feuerwehrmentalität ablegen und langfristiger denken.

Klingt, als würde ihre Arbeit eher mehr als weniger.

Zumindest ist sie nach wie vor wichtig und aktuell – und das wird so bleiben. ■

Politische Bildung im Schloss: Schloss Trebnitz

Foto: Schloss Trebnitz



Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) ist ein bundesweiter Fachverband für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. In ihm arbeiten Einrichtungen und Träger politischer Bildung unabhängig von ihrer weltanschaulichen und politischen Orientierung zusammen. Sie engagieren sich für die Förderung und Entwicklung politischer und interkultureller Bildung sowie für die Weiterentwicklung der Demokratie.

Der AdB steht für eine professionelle Verbandsarbeit, unterstützt die Professionalität seiner Mitglieder, bietet ein Forum für fachlichen Austausch und realisiert eine gemeinsame bildungspolitische Interessenvertretung.

Markus Bauer ist Historiker, Redenschreiber im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie ehemaliger Journalist.

Christin Robers und Benjamin Rensch

Unterwegs im Dschungel der Demokratie

Bunte Punkte gegen platte Parolen?! In der Villa ten Hompel erleben junge Leute in einem kreativen Workshop, dass Meinungsfreiheit und Geschichtsbewusstsein ein persönlicher Ansporn sein können.

60 Zimmer weist die Villa ten Hompel auf, die historische Residenz der Fabrikantenfamilie ten Hompel aus der Weimarer Republik, die seit 1999 ein „Geschichtsort“ der Stadt Münster in Westfalen ist: Großzügige Salons und Séparées, früher Gesellschaftsräume mit toller Aussicht auf den Garten und Gelegenheit zum Verweilen am Kamin. Doch besonders beliebt bei den Gästen in Jugend- und Schulprojekten ist inzwischen ausgerechnet der unscheinbarste Platz im ganzen Gebäude, die Besenkammer. Winzig, schäbig, funktional und fensterlos. Doch den Jugendlichen geht es nicht um deren Architektur oder die Atmosphäre, sondern um das, was dieser geschützte Raum im Projektverlauf bietet: die Chance zu einer offenen, ehrlichen Entscheidung. Wie in einer Wahlkabine.

Die Besenkammer gehört Tag für Tag in Projekten zu einem kreativen Parcours für ein „Selbsterfahren“ an Stationen, zu einem „Demokratiedschungel“, der vor allem eines schafft: Geschichtsbewusstsein und Gesprächsanlässe in der Gruppe von Gleichaltrigen – als Ansporn, sich einzusetzen – frei von strengen Vorgaben oder von sozial erwünschten, wohlklingenden Antworten, die anderswo vielleicht in Schulnoten einfließen würden. In dem Workshop gilt freches, forsches Fragen nach Menschenwürde und nach Meinungsfreude als ein hohes Gut, gehegt und gepflegt in einem pädagogischen Format, das die RAG Münsterland vor 15 Jahren ersann und seither im Dialog mit Schulen, Wissenschaft, Praxis und mit Menschen aus dem Netzwerk von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. selbstkri-

tisch fortentwickelt. Denn ein Gesetz darf im „Dschungel“ der Demokratie niemals gelten: das vermeintliche Recht des Stärkeren. „Umgekehrt gibt es aber auch keinen Helden, der für Toleranz brüllt oder vor Gefahren des Abdriftens rettet“, sagt Stefan Querl, der für die Villa ten Hompel und die RAG die „Dschungel“ plant. „Eine Gruppe, die wachsam ist und achtsam bleibt, erkennt schnell: So ein Tarzan, der sich aufschwingt, das sind im Zweifelsfalle nur wir selbst.“

Ausstellungsbesuche in der NS-Erinnerungsstätte allein mit Führungen, Arbeitsblättern, Schaufrägen erlebten die Begleiter von Jugendgruppen oft nur als Anlass zur „gepflegten Langeweile“, wie sich das Team aus pädagogisch Mitwirkenden um Regionalsprecher Horst Wiechers anfangs »

60 Zimmer hat die Villa ten Hompel, die als Familienresidenz und Vorzeigeprojekt des „Zementkönigs“ Rudolf ten Hompel errichtet worden war. Heute nutzen die Mitarbeiter der NS-Erinnerungsstätte das weitläufige Gebäude, das unter Denkmalschutz steht, kreativ mit jungen Gruppen.



Foto: Heiko Klare



Foto: Bert Sterk

Ein „Touchtisch“ hilft im Dschungel bei der Orientierung, was sich wann in der Villa ten Hompel ereignete.

» selbst grämte. Als Studiendirektor war er bis zur Pensionierung im Schuldienst tätig und beschreibt, was bald einen Anstoß zum Umdenken brachte: „Allen gemein war der Wunsch, Zeitgeschichte auf Augenhöhe mit Besuchern zu vermitteln, also nicht besserwisserisch. Wir sind bei den Themen doch alle Lernende.“ 2001 gab es in Münster die erste Dauerausstellung zur Rolle der Ordnungspolizei im NS-Regime bis 1945, fachlich hoch gelobt als Beleg für Polizei- und Massenverbrechen „Im Auftrag“. Aber dadurch als Medium alleine noch keine historische Herzensangelegenheit für Schülerinnen und Schüler, die sie anschauten. Anfängliche Neugier wich einem „aktiven Dösen“ im

Durchgang. Selbst braves Beantworten vorgegebener Fragen barg noch keine Begeisterung für Zeitgeschichte oder gar für andere, vielleicht freche Formen gelebter Erinnerungskultur. Vor allem blieb die ebenso wichtige wie strittige Grundfrage des Teams am „Geschichtsort“ selbst auf der Strecke, nämlich, ob sich die intensive Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte und das Trainieren von Zivilcourage in einem gedenkstättenpädagogischen Setting nicht spannend eng verzahnen lassen. So verschwanden nach kurzer Zeit vorgefasste Arbeitsblätter zugunsten ganz anderer Diskussionsanreize, denn so ein „Demokratiedschungel“ funktioniert erst dann nachhaltig, wenn es inhaltlich darum geht, was Jugendliche wirklich wissen wollen. Das hat Vorrang vor allem, was sie vielleicht aus Lehrerinnen- oder aus Vermittlersicht lernen sollen. „Dem dient Unterricht“, grenzt Horst Wiechers die verteilten Rollen ab. Gedenkstätten seien außerschulische Lernorte, gerne auch mit völlig anderen Zugängen.

Im Dschungel kennt niemand vorher die Ergebnisse, jede Gruppe produziert sie ja erst selbst – auch mit „partizipativen Medienelementen“ der neuen Ausstellung „Geschichte, Gewalt, Gewissen“, die Dr. Christoph Spieker als Leiter der Villa ten

Anonym erhobene Meinungsbilder: Alles andere als repräsentativ, aber ein Fühlen am „Puls“ der Gruppe, die zu Gast am „Geschichtsort“ ist. Seit Einsatz dieser offenen Methoden gelingen Gespräche über Geschichte und Gegenwart deutlich besser.

Hompel Ende März mit seinem Team eröffnete. Spiekers Forschungen über den „Befehlshaber der Ordnungspolizei“ im Wehrkreis, der sich des Anwesens der Familie ten Hompel nach Beginn des Zweiten Weltkriegs für den Dienstsitz bemächtigte, flossen mit ins Konzept ein – didaktisch-methodisch ebenso Erfahrungswerte von Prof. Dr. Alfons Kenkmann aus dem Bundesvorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., der den Geschichtsort mitbegründete.

Das „Dschungeln“ fängt als Lern- und Debattierarrangement für 15- bis 20-jährige Gäste klein an. Mit anonym erstellten Meinungsbildern und „Grup-





Politisch Korrektes und auch höchst Anstößiges wird im „Demokratiedschungel“ offen zur Diskussion gestellt. Kleine Gesprächsgruppen entscheiden selbst, was sie näher hinterfragen möchten.

penpuzzeln“. Es schlägt jedoch oft Wellen und zieht positive Kreise, weil nun nicht länger verallgemeinernd-wolkig über polizeiliches Handeln „damals und heute“, über brisante Problemfragen unserer Gesellschaft wie Pegida oder den Protest dagegen gesprochen wird. „Was meint denn unsere Runde hier?“, heißt die Kernfrage; es wird nichts repräsentativ erhoben, doch am gemeinschaftlichen Puls gefühlt. Was zum Beispiel will jemand schönfärben, der verbal verharmlost, damals der Hitler habe doch „gar nicht alles“ falsch gemacht? Wer schützt heute die Menschenwürde von Minderheiten, ganz konkret in der eigenen Schule oder in der Nachbarschaft? Der Balken aus dem eigenen inneren Auge müsse erst einmal weg, lautet pädagogisch das Ziel im „Demokratiedschungel“, weshalb sich die Aussagen, die bewusst zunächst jedem Gast alleine zur ersten Ansicht vorgelegt und fast täglich aktualisiert werden, persönlich auf das eigene Ich, seine vertraute Klasse oder den Bekanntenkreis jenseits der Schule, auf Facebook-Freunde und auf den Sportverein beziehen. „So etwas wie ‚schwule Sau‘, ‚du Opfer‘ oder ‚ey, bist du behindert?‘ sagen wir doch alle mal, wenn es irgendwo Stress und Streiterei gibt.“ Eine solche Aussage ist im „Demokratiedschungel“ mithilfe kunterbunter Zustimmungspunkte zu einer ehrlichen Selbsteinschätzung freigegeben: Anonymisiert hinter einer extra verschlossenen Türe der Besen-

kammer. Und weil diese schließlich nur einer Person Stehplatz bietet, weiß niemand aus der Gruppe später, wer dem Ganzen denn nun vielleicht noch anhängt. Offen diskutiert wird das Thema „Gewalt durch Worte“ aber auf jeden Fall, und zwar hoch konzentriert und durchgängig mit heftiger Leidenschaft, weil nämlich in „Phase 2“ allen unter den Nägeln brennt, dass verbale Aggression und Parolen zwar griffig und schnell für Schuldzuweisungen zu gebrauchen, aber realitätsfremd sind.

„Die Pariser Terroranschläge oder die Flüchtlingsfrage zum Beispiel bedürfen in Debatten besonderer Sensibilität“, mahnt das Team aus der RAG Münsterland, das die Moderation der Gruppengespräche organisiert und dabei oft zum Schiedsrichter wird. Wer das Holz eines Stammtisches mit Niveau und Mut bezwingen will, muss meist maßlos dicke Bretter bohren. „Was wir immer vorleben sollten als Gastgeber, sind faire, demokratische Gesprächsregeln, selbst wenn die herrschende Meinung uns weh tut oder nicht passt.“ Natürlich geht es auch um Grenzen, etwa bei Holocaust-Leugnung oder Antisemitismus. Einmal nicht das letzte Wort haben zu müssen oder auf ein „Konsens-Aushandeln“ gegen allen Anschein vertrauen zu dürfen, zeichnet sich an anderer Stelle jedoch sofort mehrfach aus im Projektverlauf: Im Teil des historischen Weiterlernens während der Vormittage konkret, bei dem Opfer

der NS-Gewaltherrschaft ebenso gewürdigt werden wie Verfolgte, die Widerstand leisteten oder Solidarität übten. Die Bereitschaft, beim anschließenden Ausstellungsbesuch zuzuhören und kritisch nachzufragen, wächst in dem Maße, wie Meinungsfreude, Freiheit ehrlicher Rede und das eigene Verantwortungsbewusstsein im „Dschungel“ zum Tragen kamen – übrigens gerade bei einer Extra-Quellenarbeit zu NS-Tätern, deren Handeln zu erklären, jedoch keinesfalls zu entschuldigen ist.

Inzwischen ist der „Dschungel“ als Setting für Gruppen und Schulklassen so gefragt, dass anderthalb Jahre im Voraus in Münster die Termine knapp werden. Abhilfe schafft ein Vorstoß, den Workshop in abgespeckter Version in Schulen, Jugendzentren und Gemeinden mobil anzubieten. Das können wir z. B. über das Projekt „Demokratie ist wichtig. Punkt!“ von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bewerkstelligen. Dieses Projekt wird über das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung finanziert. Streng gilt jedoch als eine Bedingung, dass jede Runde junger Menschen, die so einen „Demokratiedschungel“ selbst durchlaufen möchte, sich schon intensiv kennt und dass Leiterinnen, Leiter oder Lehrkräfte bereit sind, sich in heiklen Phasen in völliger Zurückhaltung zu üben. „Eine geeignete Besenkammer finden wir andernorts außerhalb der Villa“, so hofft das Team. »



Foto: Bert Sterk

Trubel und Tatendrang: Im „Dschungel“ werden junge Menschen bewusst dazu aufgerufen, sich den historischen Ort selbst zu erschließen.

- » Gut 150 Klassen und Kurse besuchen im Jahr die Villa ten Hompel und den „Demokratiedschungel“, den die RAG Münsterland des Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. maßgeblich mitgestaltet in der NS-Erinnerungsstätte. In den zehnten Klassen der Hauptschule Wolbeck gehört er fest zur Schuljahresplanung. Aus dem diesjährigen Jahrgang stammen Stimmen als Projektfeedback:

Foto: Christin Robers



Canel Oy, 16 Jahre alt:

„Die Methoden in diesem Dschungel haben mich dazu angeregt, mehr darüber nachzudenken, wie man mit Diskriminierung umgeht und sich dagegen wehren kann. Trotz meiner Vorkenntnisse zum Nationalsozialismus konnte ich viel Neues lernen an dem Vormittag. Ich fand es aber vor allem spannend, bestimmte Behauptungen zu diskutieren und meine Meinung dazu zu äußern. Auch was andere Mitschüler aus der Klasse denken, war mir vorher gar nicht immer so klar.“



Roland Leuschner, 17 Jahre alt:

„Die Video- und Tonaufnahmen haben mich in der Villa ten Hompel besonders interessiert. Nach dem Dschungel haben wir uns die angeschaut und angehört. Diese Zeitzeugenberichte waren spannend, so konnte ich etwas mitnehmen.“

Foto: Stefan Quert



Natalie Balch, 17 Jahre alt:

„Der Projekttag war sehr lehrreich und lohnend. Thematisch fand ich die Nachkriegszeit und die Frage nach der Wiedergutmachung für Opfer der Naziherrschaft besonders interessant. Richtig gut hat mir gefallen, dass aber auch ein Bezug zu heute hergestellt wurde, denn unserer Klasse war es wichtig, dass wir während der Führung und der Diskussionen wirklich mit einbezogen wurden, also frei unsere eigene Meinung äußern durften.“

Foto: Benjamin Rensch



Foto: Heiko Klare

Stefan Querl ist stellvertretender Leiter der Villa ten Hompel. Der 41-Jährige ist Mitglied der RAG Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und gilt als Erfinder des „Demokratiedschungels“. Christin Robers und Benjamin Rensch haben ihn befragt:

„Demokratiedschungel“, woher rührt eigentlich dieser seltsame Name des Projektes?

Wenn wir das im Nachhinein noch so genau herausfinden könnten (lacht). Einen Anstoß im Team gab damals in der Entwicklungsphase eine Begeisterung für die Fabel und den Film „Dschungelbuch“, in dem Mowgli als „Menschenjunges“ am eigenen Leibe erfährt, dass unter widrigen Umständen nur weiterkommt, wer Freunde und Helfer hat. Aber auch die Vielfalt von Räumen in der Villa ten Hompel, die auf Besucher anfangs wie ein verwir-

rendes Dickicht wirkt, spielte eine Rolle. Das Dschungel-Camp im Fernsehen gab es noch nicht. Inzwischen hat sich der Name eingepreßt, so dass Lehrer gezielt den Dschungel anfragen. Das Sprachbild entschlüsseln junge Leute jedenfalls schnell, weil Demokratie Mut, Klugheit, Kraft und Humor erfordert, aber manchmal schwer durchschaubar ist: echtes Wagnis und Abenteuer.

Das Konzept ruft auch Kritiker auf den Plan, gerade weil die aktuellen Zeit- und Streitfragen oft viel Raum einnehmen. Bleiben die NS-Geschichte und das Gedenken nicht auf der Strecke?

Keineswegs, so zumindest unsere Hoffnung und nach 15 Jahren auch unsere Erfahrung. Zu heiklen Fragen anonym ein Meinungsbild zu erheben, ist als typische Seminarmethode nicht sonderlich neu und nicht selten. Erst die Verknüpfung mit dem historischen Lernen und auch dem authentischen Ort fasziniert. Dass wir Gastgruppen einer Art Stresstest in Sachen Zivilcourage und zum Eintreten gegen Diskriminierung heute unterziehen, ist Part des Programms, das aber nur auf Wunsch und auch enorm vorsichtig. Die Geschichtswerkstatt zur NS-Zeit bildet das Herzstück der Auseinandersetzung. Eine Erleichterung und Bürde zugleich ist in der Vermittlung, dass in der Villa ten Hompel während der NS-Herrschaft nie ein Mensch eingesperrt war oder zu

Schaden kam. Dieses Gebäude war ein Ort der Schreibtischtäter, sodass es weder Zellen noch Galgen oder Spuren von Gewalt aufweist. Es wirkt keine schreckliche Aura.

Lassen sich denn Aspekte auf die Arbeit in anderen Gedenkstätten oder in Bildungseinrichtungen übertragen?

In Auschwitz würden sich „laute“, forsche Methoden aus Anstand vielerorts verbieten. Die KZ-Gedenkstätte hat übrigens ungefähr so viele Besucher am Tag wie wir in der Villa ten Hompel im Jahr, ca. 11.000 bis 15.000. Das ist ein folgenreicher Unterschied: Führungen und Audioguide-Formate erreichen etliche Menschen. Gespräche gelingen aber besser in Kleingruppen. Und mit dem Pfund, intensive Dialoge zu ermöglichen, könnte viel, viel mehr gewuchert werden. Denn wie stark Erinnern und Gedenken das persönliche Handeln von Menschen heute mitbestimmen sollen, das dürfen wir an diesen Orten zur Debatte stellen. Schon um nicht zu einer bloßen Kulisse für Kranzniederlegungen zu verkommen. Das Vermächtnis der Verfolgten und Ermordeten hat Relevanz und Gewicht, gerade auch im Bewusstsein junger Menschen, die an Gedenkorten auch Antworten auf ihre Fragen suchen. ■

Christin Robers und **Benjamin Rensch** sind Mitglieder der RAG Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Beide wirken neben ihrem Studium in Münster mit an Jugendgeschichtsprojekten. Sie besuchten im Herbst die KZ-Gedenkstätte Auschwitz und führten die Interviews zum „Dschungel“.

Anzeige

Besuchen Sie das neu gestaltete Internetformular, um bequem auch online Mitglied zu werden.

The screenshot shows the website interface for 'Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.'. At the top, there is a navigation bar with links for 'Startseite', 'Kontakt', 'Impressum', and 'Medien'. A search bar is also present. Below the navigation, there are tabs for 'STARTSEITE', 'THEMEN', 'VEREIN', 'VOR ORT', and 'UNSERE ANGERBTE'. The main content area features a large heading 'Mitglied werden' with a blue arrow icon. Below this, there is a paragraph of text inviting users to join and take responsibility. A second paragraph explains the benefits of membership, including tax advantages. A link for 'Download Beitrittserklärung' is provided. On the right side, there is a section titled 'Unsere Angebote' with three buttons: 'Online Beratung gegen Rechtsantimismus', 'Sie tun Gutes: Wir reden darüber', and 'Demokratie vor Ort'. At the bottom right, there are two vertical buttons: 'MITGLIED WERDEN' and 'SPENDEN SIE HIER!'. The bottom left corner shows a 'BEITRITTSERKLÄRUNG' form with two radio button options: '80,00 € regulärer Jahresbeitrag' and '30,00 € ermäßigter Beitrag'.

Julia Wolrab

Publikation: Widersprechen! Aber wie?

Argumentationstraining gegen rechte Parolen

„Es ist immer das Gleiche: Einer macht einen rassistischen Spruch und ich weiß nicht, was ich dem entgegen soll. Im entscheidenden Moment fehlen mir einfach die richtigen Worte. Widersprechen ja – aber wie?“

Diese Frage haben sich die meisten schon einmal gestellt. Dabei sind es oftmals gar nicht die richtigen Worte, die in einer solchen Situation fehlen, sondern das Selbstvertrauen, sich in einer Situation behaupten zu können, in der Menschen diskriminiert werden. Zu groß ist die Angst, sich zu blamieren, die Aggression des Gegenübers auf sich zu ziehen, oder der Gedanke, dass man alleine ja sowieso nichts ausrichten kann. Mit dem Argumentationstraining gegen rechte Parolen wollen wir junge Menschen stärken, damit sie diese Ohnmachtsgefühle überwinden und in einer solchen Situation selbstbewusst Position beziehen können.

Zu diesem Training ist nun eine gleichnamige Publikation erschienen, die ab sofort über den Online-Shop der Bundeszentrale für politische Bildung bestellt werden kann. Die Publikation bietet eine ausführliche Übersicht über das Trainingskonzept und die Möglichkeit, es mit Jugendlichen in der schulischen wie außerschulischen Bildung selbst durchzuführen. Das Training – oder einzelne Teile daraus – können dabei unterstützen, Themen wie Zivilcourage, Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen, Rechtsextremismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, z. B. Homophobie, Sexismus, Antisemitismus oder Islamfeindlichkeit, im Unterricht wie in der außerschulischen Bildungsarbeit zu behandeln und zu vertiefen. Die Vorschläge können in der Arbeit mit 15- bis 20-Jährigen eingesetzt werden.

Es geht dabei weniger um die Vermittlung von Sachargumenten oder Faktenwissen, sondern vielmehr um das Einüben von Situationen, in denen Zivilcourage erforderlich ist. Vor allem



geht es darum, zu erkennen, wann für einen selbst eine Grenze des Tolerablen erreicht ist, und wie man deutlich machen kann, dass man diese Grenze verspürt und etwas nicht unwidersprochen im Raum stehen lassen möchte. Dazu gehört auch, sich einen eigenen Standpunkt zu erarbeiten und sich mit der Rolle des Gegenübers sowie dessen Motiven und Emotionen auseinanderzusetzen.

Woher rühren gruppenbezogene Vorurteile eigentlich? Der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer vertritt die These, dass das zurückliegende Jahrzehnt von Entsicherung und Richtungslosigkeit im Sinne einer fehlenden sozialen Vision markiert gewesen sei. Die schwachen sozialen Gruppen sowie solche mit spezifischen Lebensstilen hätten eine Ideologie der Ungleichwertigkeit sowie psychische und physische Verletzungen erfahren. Entsicherung, Ratlosigkeit, in vielen Fällen vielleicht auch politische wie persönliche Orientierungslosigkeit

könnten demnach dazu führen, sich in einer Gesellschaft benachteiligt oder gar ausgegrenzt zu fühlen. Die Ursachen für diese (gefühlte) Benachteiligung suchen Betroffene nicht selten bei Menschen, deren Lebenswelt und Wertevorstellungen nicht oder nur bedingt ihren eigenen entsprechen.

Die damit einhergehende und oft umschriebene abstrakte Angst vor dem Verlust etablierter Vorrechte gegenüber Minderheiten spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle. Diese Ängste sind in vielen Fällen real, meist jedoch nicht die dahinter liegenden Befürchtungen. Gedanken, dass „Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen“ würden und „Homosexualität eine ansteckende Krankheit“ sei, finden in den Köpfen der Menschen statt, entbehren jedoch jeglicher wissenschaftlich-empirischen Grundlage. Dennoch: Eine Auseinandersetzung mit diesen Ängsten und Befürchtungen ist unerlässlich, um daraus entstandene Vorurteile zu entkräften und Verständnis füreinander sowie einen menschenwürdigen Umgang miteinander wiederzufinden. Vor diesem Hintergrund werden im Argumentationstraining unterschiedliche Motive von Vorurteilsbildung diskutiert und der Mechanismus bis hin zur Diskriminierung veranschaulicht. Teil des Trainings ist es auch, für eine eigene persönliche Haltung zu sensibilisieren und dabei individuelle Vorurteilmuster zu erkennen, die jeder Mensch in sich trägt, diese zu hinterfragen und zu lernen, damit umzugehen.

Wie entstehen Vorurteile? Welcher Mechanismus liegt dem zugrunde und wie kann ich Vorurteile identifizieren? Im Rahmen des Argumentationstrainings werden Fragen wie diese aufgeworfen.



Schülerinnen und Schüler der Berufsbegleitenden Schulen in Lüchow (Niedersachsen) ließen sich im Januar zu Peercoaches im Argumentationstraining ausbilden. Im Mai werden sie dann selbst jüngere Schüler an ihrer Schule trainieren.

Damit soll die Grundlage für die argumentative Auseinandersetzung gegen Diskriminierung geschaffen werden. Es geht um den Versuch, dem Gegenüber auf emotionaler Ebene zu begegnen und seine ablehnende Haltung infrage zu stellen. Hierfür werden im Training kommunikationstheoretische Grundlagen vermittelt, die es den Teilnehmenden ermöglichen, an die hinter einer Parole stehenden Motive heranzukommen. Auf Basis der Kommunikationsmodelle nach Paul Watzlawick und Friedemann Schulz von Thun wird die Kunst des Kommunizierens auf mehreren Ebenen als Schlüssel dafür verwendet, sich in einer Diskussion zu behaupten und sich einen Zugang zu dem Menschen hinter der Parole zu verschaffen. Insofern geht es im Training auch darum, die Empathiefähigkeit der Jugendlichen zu stärken, um die Voraussetzung für eine gelingende Kommunikation zu schaffen. Das Spiel mit den Ebenen der Kommunikation kann dabei sowohl dazu beitragen, Mo-

tive des Gegenübers zu entschlüsseln, als auch dazu, das Gespräch bewusst in eine andere Richtung zu lenken und die Ebene der inhaltlichen Argumentation zu verlassen, ohne die Kommunikation aufgeben zu müssen.

Mit dieser kommunikationstheoretischen Herangehensweise setzt sich der Ansatz des Argumentationstrainings von anderen Methoden ab, die vor allem inhaltliche Gegenargumente präsentieren und menschenfeindliche Argumentationsstrukturen sachlich demontieren. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass inhaltliche Argumente bei menschenfeindlichen Parolen nur selten zielführend sind, da sich das Gegenüber in der Regel gar nicht überzeugen lassen möchte und Vorurteile auf irrationalen Annahmen und diffusen Ängsten beruhen, die weder rational begründet noch widerlegt werden können. Die Verflechtung einer menschenfeindlichen Ideologie liegt meist tiefer begründet und kann multiple individuelle und gesamtgesellschaftliche Ursachen haben.

Das Training bietet leider kein Patentrezept gegen menschenfeindliche Parolen. Es kann den Teilnehmenden aber Strategien für unterschiedliche Situationen mit auf den Weg geben und aufzeigen, dass es sich lohnt, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, sie zum Nachdenken

anzuregen und – ganz nebenbei – die eigene Haltung zu stärken und diese auch einmal zu hinterfragen. Dahinter steht der Gedanke, dass die Fähigkeit des Argumentierens und der Entwicklung von Durchsetzungskraft in der Diskussion eine Grundkompetenz ausmacht, um überhaupt an demokratischen Prozessen partizipieren zu können. Diese Kompetenzen an Jugendliche zu vermitteln stellt einen Beitrag in dem Bemühen dar, junge Menschen zu ermächtigen, als mündige Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Das bedeutet auch, dass es nicht Teil des Trainings sein kann, die Teilnehmerinnen auf eine bestimmte Meinung festlegen zu wollen. Letztlich soll das Argumentationstraining jungen Menschen Mut machen, Zivilcourage zu zeigen und für ein Miteinander einzutreten, in dem menschenfeindliche, diskriminierende Äußerungen keinen Platz haben. Zivilcouragiertes Handeln soll dabei keinesfalls bedeuten, sich selbst in Gefahr zu bringen. Es ist uns wichtig zu betonen, dass es im Training und auch darüber hinaus nicht darum geht, „den Helden“ oder „die Heldin“ zu spielen, sondern darum abzuschätzen, was für einen selbst in einer bestimmten Situation möglich ist. ■

Für Rückfragen steht Ihnen Katharina Weber in der Berliner Geschäftsstelle gern zur Verfügung (E-Mail an: weber@gegen-vergessen.de). Die Publikation kann im Online-Shop der Bundeszentrale für politische Bildung bestellt werden: www.bpb.de/shop/buecher/einzelpublikationen/218605/widersprechen-aber-wie
Bestellnr.: 2206
ISBN 978-3-8389-7140-7

Julia Wolrab ist wissenschaftliche Referentin in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Martin Ziegenhagen

Die gesellschaftliche Verantwortung des Sports

„Die Ausübung von Sport ist ein Menschenrecht. Im Sinne des olympischen Gedankens muss jeder Mensch die Möglichkeit zur Ausübung von Sport ohne Diskriminierung jeglicher Art haben. Dies erfordert gegenseitiges Verstehen im Geist von Freundschaft, Solidarität und Fairplay.“

Dieser Satz stammt aus der Olympischen Charta, in der sich die olympische Bewegung zu bestimmten Regularien und Prinzipien bekennt sowie deren Umsetzung verspricht. Teil der olympischen Bewegung ist selbstverständlich auch der deutsche Sport, organisiert im Dachverband Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) bzw. in den einzelnen Sportbünden der Länder (LSB).

Dieser Auszug aus der Olympischen Charta beschreibt deutlich, welchen Wert und welches Potential man dem Sport zutraut. Gleichzeitig wird formuliert, dass es bestimmter Voraussetzungen bedarf, soll es zu einer diskriminierungsfreien Ausübung von Sport kommen. Ein sehr realistischer Blick, den die Sportverfassungsväter und Mütter auf den Sport hatten. Freundschaft, Solidarität und Fairplay sind grundlegend nicht nur für

die Auseinandersetzung mit Diskriminierung, sondern für das gesellschaftliche Zusammenleben allgemein. Diese Werte lassen sich in kaum einem pädagogischen Handlungsfeld so unmittelbar erfahren wie im Sport. Die Olympische Charta beschreibt mit diesem Satz demnach auch einen Teil der gesellschaftlichen Verantwortung des Sports.

Millionen von Deutschen treiben Sport, viele davon im Sportverein. Die Bedeutung des Sports als wichtige Sozialisationsinstanz ist unbestritten. Seine potentiellen Möglichkeiten, in erheblichem Maß auf die Persönlichkeitsentwicklung insbesondere von jungen Menschen einzuwirken, ebenso.

Allerdings entfaltet der Sport bzw. seine konkrete Ausübung dieses Potential nicht per se, es ist vielmehr planvolles Vorgehen

erforderlich. Vor allem in der Begleitung von Kindern und Jugendlichen, aber auch im Erwachsenensport, ist es immer wieder notwendig, diese Werte zu betonen und den Sportlerinnen und Sportlern neben fachlichen und leistungssportlichen Aspekten in Training und Wettkampf den Raum zu geben, der notwendig ist, um ihre Kraft auf das übrige Leben zu übertragen. Denn darin liegt der eigentliche Sinn. Oberstes Sozialisationsziel ist es, junge Menschen zu eigenverantwortlich handelnden, demokratisch orientierten Persönlichkeiten in der Gesellschaft werden zu lassen.

Insofern irren diejenigen im organisierten Sport, die immer wieder gebetsmühlenhaft behaupten, Sport sei unpolitisch und es gehe ausschließlich um körperliche Ertüchtigung. Und das sind nach meiner Erfahrung nicht wenige in der breiten

Die Löwenfans gegen Rechts aus München beziehen deutlich Position im eigenen Stadion.

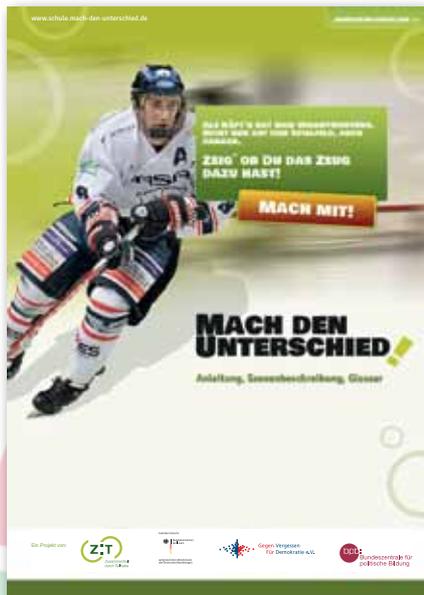


Landschaft des Sports.

Allerdings sind die, die das anders sehen, trotzdem in der Mehrheit und vielerorts sind sich Jugendleiter, Übungsleiter und andere Funktionsträger dieser Verantwortung sehr bewusst und werden ihr mehr und mehr gerecht.

Dies liegt auch daran, dass seit mehreren Jahren das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ diese Bemühungen intensiv fördert. Man hat erkannt, dass demokratiefeindliche Phänomene bis hin zu organisiertem Rechtsextremismus gerade in strukturschwachen ländlichen Räumen auch darauf zurückzuführen sind, dass in diesen Regionen kaum noch soziokulturelle Angebote unterbreitet werden, die geeignet wären, als wichtige Orientierungspunkte für junge Menschen zu dienen. Stattdessen stießen rechtsextreme Gruppierungen in diese Lücke und organisierten mancherorts von der Schularbeitenhilfe über die Schuldnerberatung bis hin zur Organisation von Festen und Sportveranstaltungen nahezu das gesamte soziale Leben eines Ortes. Neben diesen Akteuren waren Verbände wie die Freiwillige Feuerwehr, das Technische Hilfswerk oder eben der Sport die letzten verbliebenen Akteure mit gesellschaftlicher Bindekraft.

Durch die Förderung des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ist es in den letzten Jahren gelungen professionelle Beratungs- und Interventionsstrukturen in diesen Verbänden aufzubauen und demokratiefördernde Angebote zu etablieren.



Internetportal und didaktisches Lehrmaterial:
Das Projekt „Mach den Unterschied“

Im Rahmen des Projekts *Sport mit Courage* unterstützt Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. diese Bemühungen. Als Sondermaßnahme des Programms sind wir beauftragt, die Sportverbände bei ihren Aktivitäten zu beraten, sie zu qualifizieren und spezielle flankierende Maßnahmen durchzuführen. So sind beispielsweise die Internetportale www.sport-mit-courage.de und www.mach-den-unterschied.de und das Zivilcouragetraining Mach den Unterschied entstanden, ebenso wie das Netzwerk *Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt im Fußball*, das Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nunmehr im

vierten Jahr für die Fußballverbände der ostdeutschen Länder unterstützt. Dieses Netzwerk bündelt die Aktivitäten der Verbände im Bereich der Auseinandersetzung mit Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt und entwickelt modellhafte Projekte. Beispielsweise wird aktuell ein Präventionskonzept zum Umgang mit Konflikten, Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Fußball und Fußballumfeld am Beispiel der Stadt Leipzig entwickelt, das auf andere Städte übertragbar sein wird. Ein weiteres Schwerpunktprojekt des Netzwerks ist das Praxishandbuch *Diskriminierungsverbote im Fußball*, mit dem Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Zusammenarbeit mit der Deutschen Sporthochschule Köln eine Arbeitshilfe für Sportrichter und Schiedsrichter für den Fall rassistischer Äußerungen auf dem Spielfeld oder im Spielumfeld vorlegt.

An der Entwicklung dieses Buches ebenso wie an der Initiierung des Leipziger Konzepts waren die im Netzwerk Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt im Fußball versammelten Verbände intensiv beteiligt. Sie dokumentieren mit diesen Aktivitäten eindrucksvoll und belegbar, dass sie sich der gesellschaftlichen Verantwortung des Sports nicht nur bewusst sind, sondern sie auch planvoll und engagiert wahrnehmen. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wird dabei weiterhin eng an ihrer Seite stehen. ■

Martin Ziegenhagen ist wissenschaftlicher Referent bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



■ Buchinformation:

Das Handbuch *Diskriminierungsverbote im Fußball* von Prof. Martin Nolte von der Sporthochschule Köln ist gedacht als Praxishilfe für Schiedsrichter, Sportrichter und alle anderen, die mit Sanktionierungen im Fußball zu tun haben. Der Band ist entstanden mit Unterstützung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und wurde gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ vom Bundesministerium des Innern. Das Praxishandbuch bietet Sportrichtern und Schiedsrichtern eine Zusammenfassung der zentralen Aussagen zu den Tatbestandsmerkmalen und Rechtsfolgen des Diskriminierungsverbotes. Darüber hinaus soll z.B. durch eine Checkliste, Beispiele aus der Rechtspraxis und Hinweise auf die problematischen Fragen der Fälle die Sicherheit im Umgang mit Diskriminierungsdelikten gestärkt werden.

Martin Nolte

Diskriminierungsverbote im Fußball. Ein Handbuch für die Praxis

Deutsche Sporthochschule Köln, Institut für Sportrecht (17. Februar 2016)

Broschierte Ausgabe, 135 Seiten

ISBN: 978-394-50890-88 · 58,00 €

Rolf Fischer

Hermann Lüdemann

Ein fast vergessener Kämpfer für Freiheit und Demokratie

Da treiben johlende SA-Männer einen Mann durch die Straßen und über die Plätze der Stadt; von vielen Schaulustigen begafft, von feixenden Nazis geschlagen und gedemütigt. Auf dem Kopf trägt er eine Narrenkappe, in der Hand einen kleinen Koffer und vor seiner Brust baumelt ein Pappschild: „Ich bin der Volksverräter Lüdemann“. Die Stadt ist Breslau, der Mann heißt Hermann

Lüdemann und ist ihr Oberpräsident. So geschehen im Juni des Jahres 1933. In der Menge, die dieses grausame Schauspiel beobachtet, steht der 18-jährige Abiturient Heinrich Albertz. Ihm prägt sich dieser Anblick unauslöschlich ein. Er ahnt nicht, dass er Hermann Lüdemann noch einmal begegnen und ihn als „väterlichen Freund“ bezeichnen wird.

Lebensweg

Hermann Lüdemann war an historisch-politischen Weichenstellungen auf dem schweren Weg zur deutschen Demokratie maßgeblich beteiligt.

Am 5. August 1880 in Lübeck geboren und aufgewachsen, begann seine Biografie in der Kampfzeit der Arbeiterbewegung und endete in den 1950er-Jahren der Bundesrepublik Deutschland. Lüdemann trat 1912 der SPD bei, er war Revolutionsführer 1918 im historischen Berliner Reichsrätekongress, dann preußischer Finanzminister. Er blieb Abgeordneter für Berlin-Wilmersdorf im Landtag von Preußen, 1928 ernannte ihn Otto Braun zum Oberpräsidenten von Niederschlesien. Von den Nazis 1933 inhaftiert, überstand Lüdemann fünf KZ und zählte zum engeren Kreis des Widerstands um Leuschner, Leber und Goerdeler.

Als 65-Jähriger überlebte er den Todesmarsch aus dem KZ Sachsenhausen und übernahm 1945 wichtige politische Funktionen in Mecklenburg. Er kam schnell in Konflikt mit den russischen Funktionären, wechselte wieder in die Berliner Politik, bevor er dann in seiner Heimat Schleswig-Holstein Regierungsmitglied und Ministerpräsident wurde. In dieser Funktion prägte der „Feuerkopf lassallescher Prägung“ als Mitglied im Parlamentarischen Rat auch Verfassung und Gestalt der neuen deutschen Demokratie. Damit zählt er zu den „Vätern des deutschen Grundgesetzes“. 1958 starb der Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtags Hermann Lüdemann. Die bewegende Trauerrede in Kiel hielt



Hermann Lüdemann, um 1920

Carlo Schmid, ein enger Freund seit dem Parlamentarischen Rat.

1918:

Für die parlamentarische Demokratie

„Alle Macht den Räten!“ – diese Parole lief wie ein Feuer durch die Straßen Berlins im Herbst 1918. Die Revolution war in der Hauptstadt angekommen. Hermann Lüdemann nahm an absolut führender Stelle am historischen 1. Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte im Gebäude des preußischen Landtags teil. Dort wurde die entscheidende Frage nach der Zukunft Deutschlands beantwortet: Räterepublik oder parlamentarische Demokratie? Neben Carl Severing und Kahmann aus Sachsen wählten die Delegierten der Räte des Reiches auch den 1. Volksbeauftragten aus Berlin-Wilmersdorf, Hermann Lüdemann, zum

Foto: Privat

Vorsitzenden der MSPD-Fraktion. Es gab keinen Zweifel, dass Lüdemann ein Rätensystem nach sowjetischem Vorbild, wie es USPD und Spartakusbund proklamierten, ablehnte. Nur die Stärkung der freiheitlichen Demokratie und eines demokratischen Sozialismus, der den Menschen befreit, war gleichsam Weg und Ziel seines Wirkens.

Nachdem mit großer Mehrheit ein Rätensystem als Grundlage der künftigen Verfassung abgelehnt wurde, setzten Severing und Lüdemann den entscheidenden Antrag des Kongresses durch: Mit 400 gegen 50 Stimmen sprachen sich die Delegierten für die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 aus. Lüdemann brachte noch zwei weitere Anträge erfolgreich ein; so sollte unverzüglich mit der Sozialisierung der Industrien begonnen werden und ein Zentralrat bekam die Aufgabe, die „parlamentarische Überwachung des deutschen und des preußischen Kabinetts“ zu vollziehen. Damit war die Entscheidung über die Zukunft der ersten deutschen Republik gefallen. „Alle Macht der Demokratie!“ – das wurde Lüdemanns politisches Credo. Im Kabinett von Otto Braun übernahm er 1920 das Amt des preußischen Finanzministers.

1933:

Gegen die Nazis im Widerstand

1933 transportierten die Nazis ihren stärksten Widersacher und nach dem „Preußen-Schlag“ abgesetzten Oberpräsidenten von Berlin zurück nach Breslau: Lüdemann wurde durch die Stadt getrieben, wie es Heinrich Albertz erlebte und



Foto: Privat



Das Foto ist im KZ Dürrgoy ca. 1933 entstanden. In der Bildmitte ist Hermann Lüdemann zu sehen.

wie es der jüdische Kaufmann Walter Tautz in seinem „Breslauer Tagebuch“ eindrucksvoll beschrieb. Es folgte die sofortige Inhaftierung im SA-KZ Dürrgoy. Unter unmenschlichen Bedingungen kämpften die Insassen um ihr Leben und ihre Würde. Lüdemann, der sich dort mit Paul Löbe, dem ehemaligen Reichstagspräsidenten, anfreundete, wurde als prominenter Häftling besonders gemitigt. Ein halbes Jahr später lieferten die Nazis die „Breslauer“ ins KZ Esterwegen ein, das berüchtigte Moorlager. Anfang 1934 erfolgte ihr Weitertransport ins KZ Lichtenburg bei Torgau an der Elbe. Lüdemann wurde geprügelt und misshandelt, viele der Freunde starben.

Zusammen mit Carlo Mierendorff, Julius Leber, Wilhelm Leuschner und Ernst Reuter zählte er zu den „Politischen“, denen mit besonderer Härte begegnet wurde. In jenen Jahren vertieften sich die Freundschaften Lüdemanns, besonders zu Reuter und Löbe. Diese Kontakte brachten ihn wenige Jahre später in den Kreis der Widerständler gegen Hitler. Seit 1942 kam es zu regelmäßigen Zusammenkünften und strategischen Plänen. Der gewerkschaftliche und der sozialdemokratische Widerstand formierten sich, Kontakte zum Militär wurden geknüpft, die Absicht eines Anschlags auf Hitler konkretisierte sich.

Lüdemann erklärte sich bereit, nach einem erfolgreichen Attentat die Funktion eines Politischen Beauftragten zu übernehmen. Er war für den Wehrkreis Hannover als Mitglied einer künftigen Regierung vorgesehen. Doch die Tat des 20. Juli 1944 schlug fehl. Lüdemann und Leuschner konnten sich der ersten Verhaftungswelle entziehen, doch etwa im August 1944 wurde Lüdemann verhaftet und ins KZ Ravensbrück überstellt. Nach einem Schauprozess vor dem sogenann-

ten Volksgerichtshof, in dem er formal freigesprochen wurde, brachte man ihn sofort ins KZ Sachsenhausen.

1945: Gegen das Sowjetsystem und für den demokratischen Wiederaufbau

Mit dem Herannahen der Roten Armee musste der 65-Jährige auf den Todesmarsch nach Mecklenburg, begann aber direkt nach Kriegsende wieder mit der politischen Arbeit. Schon Mitte 1945 wurde er dort erster SPD-Landesgeschäftsführer und geriet bald in Konflikt mit der russischen Besatzung. Er wurde drangsaliert, zensiert, vorgeladen und zurechtgewiesen. So verwies er auf die gesteuerte Besetzung von vielen kommunalen Führungspositionen durch die KPD in Zusammenarbeit mit der russischen Besatzungsmacht. Und er sprach sich offen gegen die Bildung einer „Einheitspartei“ von KPD und SPD aus. An der Frage der Vereinigung entzündete sich der Konflikt. Anfang November 1945 forderte er eine Urabstimmung unter den SPD-Mitgliedern. Ende des Jahres wurde der politische Druck auf ihn immer größer, die russische Administration „wünschte“ seine Absetzung. Lüdemann wechselte zurück nach Berlin, arbeitete an führender Stelle mit Luise Schröder und Ernst Reuter, war sogar als Berliner Bürgermeister im Gespräch.

In einem Schreiben fasste Lüdemann seine Auffassung eindrucksvoll zusammen: „... ich habe es nie verstanden und werde es nie verstehen, dass dieselben Menschen, die dem Naziterror widerstanden haben, gegen völlig gleichartigen Druck einer anderen totalitären Macht so weichherzig nachgegeben haben.“

Rolf Fischer ist Staatssekretär für Wissenschaft im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

In einer Veranstaltung in Berlin fand er 1946 deutliche Worte: „Ich hoffe, dass sich alle in die kommunistische SED eingeschmolzenen Sozialdemokraten eines Tages (...) aus dem Würgegriff der kommunistischen Taktiker lösen können“. 1946 reiste er in sein Heimatland Schleswig-Holstein, wurde dort Innenminister und ein Jahr später erster frei gewählter Ministerpräsident seines Landes.



Quelle: Landesarchiv Schleswig/Rolf Fischer

Hermann Lüdemann als zweiter Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (1947 bis 1949), Udo Dettmann, Öl, posthum

Fazit
Im Mai 1948 kam es in Schleswig zu einer bewegenden Begegnung: Der nun fast 68-Jährige Ministerpräsident Hermann Lüdemann traf auf einer Veranstaltung zu Flüchtlingsfragen Pastor Heinrich Albertz, den niedersächsischen Landtagsabgeordneten und Flüchtlingsbeauftragten. Für beide schließt sich in diesem Moment in Erinnerung an die Ereignisse vom Juni 1933 in Breslau der Kreis. Für Albertz ist Lüdemann nun ein „väterlichen Freund“.

Wir dürfen Hermann Lüdemann nicht vergessen! ■



Foto: Olaf Bathke

Martin Müller

Demokratiearbeit am Beispiel einer Straßenumbenennung in Wolfsburg

Wie kann man die Erinnerung an einen verdienten Menschen in einer Stadt verfestigen? Ein Erfahrungsbericht.

Als ich in meiner Funktion als Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Wolfsburg-Gifhorn e. V. im Oktober 2015 eingeladen wurde, ein Impulsreferat im Rahmen eines von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. organisierten Demokratiewerkshops zu einer von uns angeregten Straßenumbenennung zu halten, freute ich mich sehr über das Angebot. Während der folgenden Diskussion kam die Sinnhaftigkeit solcher Umbenennungen zur Sprache.

Trotz der diversen Argumente für und wider eine Umbenennung bin ich persönlich weiterhin der Meinung, einen verdienten Menschen so am besten und nachhaltigsten auszuzeichnen zu können.

Dies wollten wir hier in Wolfsburg für einen Mann veranlassen, der sich über mehrere Dekaden der Völkerverständigung allgemein, besonders aber im Austausch zwischen Polen und Deutschen einsetzte: Horst Weiß.

Als Vertriebener hat er die neuen Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg und die damit einhergehenden Grenzen und politischen Systeme akzeptiert und erkannt, dass auch die Menschen, die nun in seiner Heimat lebten, mit Problemen zu kämpfen hatten. Er hat daher immer versucht, Kontakte zu knüpfen und zu pflegen, dabei aber nicht zu belehren, sondern den Menschen uneigennützig zu helfen.

Dazu war er Gründungsmitglied der im März 1980 in der Arbeiterkirche „Arche“ gegründeten Deutsch-Polnischen Gesellschaft Wolfsburg e. V., deren Vorsitz er von 1981 bis zu seinem Tod im März 2012 innehatte. Viele Verbindungen diverser Verbände und Organisationen in die 1991 gefundene Partnerstadt Bielsko-Biala bestehen bis heute. So gibt es eine rege Zusammenarbeit im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Als Anerkennung wurde Horst Weiß im selben Jahr zum Ehrenbürger der Stadt Bielsko-Biala ernannt. Da er aber auch in Deutschland weiterhin überregional tätig war, gründete er mit Gleichgesinnten den Bundesverband Deutsch-Polnischer Gesellschaften mit

Sitz in Berlin. Nicht zuletzt diese Aufgabe wurde national und international wahrgenommen, indem Horst Weiß 1997 das Bundesverdienstkreuz bekam. Auch wurde er auf polnischer Seite für sein Engagement geehrt und erhielt 1998 den Kavaliersorden, den höchsten zivilen Orden Polens für Ausländer. Ungeachtet dessen setzte er sich überdies weiterhin in der Lokalpolitik und sozialen Verbänden ein.

Angesichts solcher Auszeichnungen für sein Engagement hielt es der aktuelle Vereinsvorstand für angemessen, eine Straße in dem Ortsteil Wolfsburgs nach ihm benennen zu lassen, dem Horst Weiß ebenfalls zehn Jahre lang als Ortsbürgermeister vorstand. Aufgrund der Entwicklung in der Aufarbeitung der Beteiligung Hinrich Kopfs an der Ausbeutung polnischer und jüdischer Menschen im Dritten Reich bot sich die Möglichkeit zur Umbenennung Ende März 2015. Nach einem Zeitungsbericht über die nach Hinrich Kopf benannte Straße entschied sich der Vorstand zu einer Eingabe an den zuständigen Ortsrat, der sich positiv für eine Umbenennung in „Horst-Weiß-Straße“ aussprach. Die Verwaltung der Stadt Wolfsburg sah rechtlich keinerlei Probleme in der Maßnahme. Lediglich der Rat der Stadt Wolfsburg sah offensichtlich weiteren Klärungsbedarf. Hierzu wurde eine Informationsveranstaltung anberaumt, in der Historiker, Fachleute und die Initiatoren zu Wort kamen, um die Anwohner sowie die ebenfalls geladenen Mitglieder von Orts- und Stadtrat in ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Ein wichtiges Argument für uns war die Tatsache, dass andere Städte ihre Stra-



Foto: Martin Müller

Horst Weiß war von 1981 bis zu seinem Tod im März 2012 Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Wolfsburg e. V. Für seine Verdienste erhielt er 1997 das Bundesverdienstkreuz und 1998 den Kavaliersorden, den höchsten zivilen Orden Polens für Ausländer.

ßen und Plätze bereits umbenannt hatten. Selbst unter einer SPD-geführten Landesregierung wurde der Vorplatz des Landtages in Hannover vom „Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz“ in „Hannah-Arendt-Platz“ umbenannt. Wie hätte die Stadt Wolfsburg eine Begründung finden können, eine eher unbedeutende Seitenstraße Wolfsburgs nicht umzubenennen?

Problematisch ist, dass es besonders in Wolfsburg bis dato diverse Straßennamen gibt, die nach Ansicht vieler nicht in das derzeitige politische Selbstbild der Stadt als ausländerfreundliche und bunte Stadt passen. Hätte man ohne entsprechenden Diskurs die von uns initiierte Umbenennung durchgesetzt, müsste man conse-



Foto: Martin Müller



Horst Weiß mit seiner Frau Gisela, die ihrem Mann eine unverzichtbare Stütze war.

quenterweise auch die die Innenstadt prägende Porschestraße anders nennen. Eine direkte Verbindung Porsches zu höchsten Kreisen des Naziregimes ist unbestritten und wiegt für die meisten Einwohner wahrscheinlich schwerer als Hinrich Kopfs bekannt gewordene Beteiligung an der Ausbeutung von Polen und Juden.

Die betroffenen 46 Anwohner der Hinrich-Kopf-Straße waren ebenfalls mit der Eingabe nicht einverstanden. Trotz eines Angebotes unserer Gesellschaft zur finanziellen bzw. materiellen Unterstützung schienen die Anwohner geschlossen gegen eine Umbenennung zu sein.

Die Frage nach einer Alternative zur „Horst-Weiß-Straße“ wurde an den Verein herangetragen. Da im besagten Ortsteil bereits zwei Straßen nach Partnerstädten benannt sind, wäre als Alternative die Umbenennung in „Bielsko-Biała-Straße“ denkbar gewesen, um die Verbundenheit zur Partnerstadt zu bekräftigen. Der Idee war der Verein nicht gänzlich abgeneigt, die eingangs erwähnte Ehrung der Person Horst Weiß stand allerdings weiterhin als wichtigstes Argument gegen Alternativen.

An dieser Stelle darf eine weitere wichtige Person nicht vergessen werden, ohne die Horst Weiß Engagement so niemals möglich gewesen wäre: Gisela Weiß. Ihre vielfältige Unterstützung, auch in ihrer ebenfalls polnischen Abstammung begründet, war über den gesamten Zeitraum der Stützpfeiler der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Da ihr Mann der polnischen Sprache nicht mächtig war, musste sie die Verhandlungen mit der polnischen Seite führen. Ad-

ministrative Aufgaben und der Rückhalt für ihren Mann im Allgemeinen waren ebenso unabdingbar. Leider wird Gisela Weiß dabei nur wenig wahrgenommen, was ihre Rolle völlig unterbewertet lässt.

Die eingangs erwähnte Informationsveranstaltung am 2. November 2015 verlief aufgrund der vorab mangelnden Informationspolitik sehr emotional, man kam letztendlich zu keinem Ergebnis. Angehörige des Ortsrates, des Stadtrates, der Verwaltung sowie Historiker waren neben den Bewohnern der Straße eingeladen worden und sollten das Für und Wider diskutieren. Die Anwohner waren in einer ausschließlich ablehnenden Haltung, resultierend aus dem Informationsdefizit und dem Glauben, dass, wie sie meinten,

„Externe“ ungefragt über sie bestimmen wollten. Dies äußerte sich in einer bizarren Form: Die etwa 900 Seiten umfassende Dissertation von Dr. Teresa Nentwig über Hinrich Kopf aus dem Jahre 2013 wurde immer wieder in Bezug auf Korrektheit bei der Quellenerhebung angezweifelt, sodass man das Gefühl bekam, die Anwohner wollten bei Hinrich Kopf ein negatives oder zumindest ambivalentes Verhalten nicht erkennen.

Nach eigenen Angaben hätten die Anwohner kein Problem mit dem Arbeitsaufwand oder entstehenden Kosten. Es gehe lediglich darum, dass sie vorab nicht gefragt worden seien. Daher seien sie gegen eine Umbenennung.

Die im Raum stehende Ehrung für Horst Weiß geriet dabei völlig in den Hintergrund. Schlimmer: Ein Anwohner äußerte, dass er genau so wenig eine Beziehung zu Horst Weiß wie zu Hinrich Kopf habe. Der Vorschlag einer „Horst-Weiß-Straße“ sei für ihn allerdings „verbrannt“. Der Ortsrat, der fraktionsübergreifend bereits vor mehreren Monaten eine einstimmige Empfehlung aussprach, wird sich unter diesen Gesichtspunkten erneut mit dem Thema befassen müssen.

Sicherlich wird sich eine andere Stelle finden, an der Horst Weiß geehrt werden kann. Denn in einem waren sich alle einig: Horst Weiß hat eine Ehrung verdient! Aber nicht in der Hinrich-Kopf-Straße ... ■

Martin Müller und Adam Ciemiński von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Wolfsburg-Gifhorn e. V. traten für die Umbenennung der Hinrich-Kopf-Straße in Horst-Weiß-Straße ein.



Foto: Britta Schulze/WAZ

Martin Müller ist erster Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Wolfsburg-Gifhorn e. V.

Mitgliederversammlung 2015 in Duisburg

Ein neuer Vorsitzender und viele Impulse für die Arbeit vor Ort

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist neuer Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie. Der Historiker aus Bochum wurde am 21. November 2015 auf der Mitgliederversammlung, die auf Einladung von Bürgermeister Volker Mosblech MdB im Duisburger Rathaus tagte, mit großer Mehrheit gewählt. Damit trat er die Nachfolge von Wolfgang Tiefensee an, der sein Amt im Dezember 2014 wegen seines Eintritts als Minister in die Thüringer Landesregierung abgegeben hat. Faulenbach kündigte an, die Vereinsarbeit verstärkt auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen auszurichten wie den Rechtspopulismus als europäisches Phänomen und die Integration der Menschen, die derzeit in großer Zahl neu ins Land kommen.



Fotos: Tobias Kleinod

Der neugewählte Vorsitzende Bernd Faulenbach auf der Mitgliederversammlung in Duisburg.

Bernd Faulenbach sagte im Duisburger Rathaus: „Wir müssen offen auf die Flüchtlinge zugehen und sie in einem langfristigen Prozess auch in unsere demokratische Kultur integrieren.“ Und: „Wir müssen ihnen etwas von unserer Geschichte erzählen.“

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist Faulenbach seit der Gründung 1993 verbunden, 1994 wurde er Mitglied des Vorstandes, 2003 stellvertretender Vorsitzender. Seine Wahl ist Ausdruck des Wunsches vieler Mitglieder nach einem Vorsitzenden,

der den Verein von innen bestens kennt und in der Politik gut vernetzt ist.

Durch die Wahl Bernd Faulenbachs zum Vorsitzenden wurde es notwendig, auf der Duisburger Mitgliederversammlung

Wahlen und Diskussionen im historischen Ambiente: Die Mitgliederversammlung im Ratsaal.





Das Duisburger Rathaus, Tagungsort der Mitgliederversammlung am 21. November 2015.

eine Nachwahl für die Position eines der drei Stellvertreter durchzuführen. Die Bundestagsabgeordnete Ekin Deligöz hat sich bereit erklärt, für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden zu kandidieren. Ekin Deligöz kennt die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sehr gut durch ihre bisherige Mitarbeit im Geschäftsführenden Vorstand der Vereinigung. Sie ist seit 2010 Vorstandsmitglied. Sie wurde ebenfalls mit großer Mehrheit in Duisburg zur stellvertretenden Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gewählt.

Eine weitere Wahl fand bereits am Freitag,

den 20. November 2016 in den Räumen des Katholischen Bildungswerkes in Duisburg statt. In der Sitzung der RAG-Sprecher wurde sowohl der amtierende Gesamtsprecher Ernst Klein als auch sein Stellvertreter Andreas Dickerboom in Ihren Ämtern bestätigt und wiedergewählt. RAG-Sprecherinnen und Sprecher sowie Vorstand und Beirat hatten am Freitag außerdem die Möglichkeit, bei einer Führung das Zentrum für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie im Kultur- und Stadthistorischen Museum kennenzulernen.

Während der Samstagvormittag den Wahlen und dem Verlesen der Geschäftsbe-

richte gewidmet war, wurde am Samstagnachmittag ausführlich über die aktuelle politische und gesellschaftliche Situation in Deutschland diskutiert und dabei vor allem auf die Frage eingegangen, welchen Beitrag Gegen Vergessen – Für Demokratie zur Förderung des Zusammenlebens und zur Stärkung der Demokratie in Deutschland leisten kann. Über diese Diskussion werden wir ausführlich in der nächsten Mitgliederzeitschrift berichten.

Am Sonntagvormittag bestand die Möglichkeit, angeleitet von Mitarbeitern des Zentrums für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie an einem stadthistorischen Rundgang oder an einer Stadtrundfahrt zur Sozialgeschichte und gegenwärtigen Situation Duisburgs teilzunehmen. Sowohl bei der Organisation des Rahmenprogramms als auch bei der Durchführung der Mitgliederversammlung und der Preisverleihung selbst wurde deutlich, dass durch die aktive und langjährige Arbeit der RAG Rhein-Ruhr West, die auch im Vorfeld der Mitgliederversammlung die Geschäftsstelle vor Ort tatkräftig unterstützt hat, unsere Vereinigung in Duisburg sehr offen und warmherzig empfangen wurde. ■

Zwei Preise in der Duisburger Salvatorkirche verliehen

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. würdigt Engagement für die Aufarbeitung der NS-„Euthanasie“ und ein Theaterprojekt von Interkulturell-Aktiv e.V.

Bei der Preisverleihung: Laudator Montgomery, Preisträger Schneider und der Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Bernd Faulenbach (v.l.).



Am Samstag, dem 21. November 2015, fand im ehrwürdigen Ambiente der Duisburger Salvatorkirche und musikalisch umrahmt vom Philharmonischen Chor Duisburg die Verleihung des Preises „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und des Waltraud-Netzer-Jugendpreises statt. Den von der Gesundheitsbetriebe Dr. Nikolaus Netzer Verw. GmbH. gestifteten Jugendpreis nahm in diesem Jahr Ufuk Güldü mit Jugendlichen des Vereins Interkulturell-Aktiv e.V. entgegen. Güldü leitet das Theaterprojekt des Vereins, in dem sich die Jugendlichen mit Themen wie Rechtsextremismus, Zivilcourage, Islamismus oder Mobbing auseinandersetzen und anschließend selbst Drehbücher, Theaterstücke und andere Medienprojekte »



Ufuk Güldü (Bildmitte) und die jugendlichen Preisträger. Links von ihm Preisstifter Dr. Nikolaus Netzer, Eberhard Dieppen, Laudator Frederic Heidorn und der Vorsitzende Prof. Dr. Bernd Faulenbach.

» zu den Themen entwickeln. Mit dem Preis wird auch der Ansatz gewürdigt, über die eigenen Aktivitäten Gleichaltrige anzuregen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen und sich für die Gesellschaft einzubringen.

Der Schauspieler Frederic Heidorn kennt das Projekt gut, er übernahm in Duisburg die Laudatio. Heidorn zeigte sich beeindruckt von dem Engagement der jungen Menschen, mit dem sie sich für Zivilcourage einsetzen. Heidorn: „Ihr setzt die Mittel ein, die Euch zur Verfügung stehen, um anderen die Augen zu öffnen und Wege aufzuzeigen, wie man es besser machen kann. Ihr macht einfach!“

Im Beisein von Preisstifter Dr. Nikolaus Netzer präsentierte die Gruppe in Duisburg auch einen Ihrer Filme. Angelehnt an

den Fall der 22-jährigen Tugce Albayrak, die in Offenbach zu Tode kam, nachdem sie Zivilcourage zeigen wollte. Die Mitwirkenden entwickelten zwei Varianten einer heiklen Szene, in der ein Mädchen mit Gewalt bedroht wird. Einmal zeigen Umstehende keine Reaktion, die Situation eskaliert. Einmal greifen sie ein, die Lage entspannt sich. Die Botschaft ist klar: Courage und Haltung zeigen ist angesagt!

Mit dem Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro will Interkulturell-Aktiv e.V. laut Ufuk Güldü weitere Projekte anstoßen, die zu interkultureller Toleranz und politischer Teilhabe anregen. Den „Preis Gegen Vergessen – Für Demokratie“ erhielt an diesem Abend in der Duisburger Salvatorkirche Prof. Dr. Dr. Frank Schneider, der Direktor der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik an der Unikli-

Ein festlicher Rahmen: Die Preisverleihung in der Duisburger Salvatorkirche, musikalisch umrahmt vom Philharmonischen Chor Duisburg.

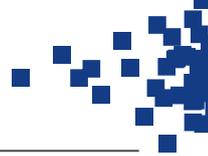


nik Aachen. Mit dem Preis wurde er für sein großes Engagement für die Aufarbeitung der NS-Zeit während und nach seiner Amtszeit als Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) geehrt. Bei der Preisverleihung verwies Schneider auf das lange Schweigen über die massenhaften Morde an psychisch Kranken und die Zwangssterilisationen auch nach Ende der NS-Herrschaft. Schneider: „Die Fachvertreter standen auch in der Bundesrepublik lange Zeit nicht auf Seiten der Opfer.“ Selbst nachdem das Thema NS-„Euthanasie“ seit 1968 langsam aufgegriffen wurde, wurden die damaligen Täter häufig selbst als Opfer dargestellt.

Als Laudator sprach Prof. Dr. med. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer, von der großen Verantwortung der gesamten Ärzteschaft. Montgomery: „Wer die Schuld nicht aufarbeitet, wird zum Mitläufer.“ Viel zu spät sei ein Bekenntnis zu dem Unrecht erfolgt, an dem Ärzte im Nationalsozialismus beteiligt waren. Montgomery würdigte das Engagement und den Mut, den Frank Schneider in seinem Bereich gezeigt hat, um das Schweigen zu brechen.

In der Präsidentschaft von Schneider setzte die DGPPN eine wissenschaftliche Kommission ein, die erforschte, wie stark die Vorläuferorganisation der DGPPN in die NS-„Euthanasie“ und in andere NS-Verbrechen involviert war. Er initiierte außerdem die Wanderausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“, die noch über Jahre ausgebaut ist. Das Preisgeld in Höhe von 7.500 Euro will Schneider deshalb zur Hälfte an die DGPPN spenden, damit eine zusätzliche Poster-Variante der Ausstellung entstehen kann. Die andere Hälfte geht an die Dorothea Buck-Stiftung, die Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung eine Ausbildung zu Genesungsbegleitern ermöglicht.

Sowohl Montgomery als auch Schneider betonten die Bezüge des Themas zur Gegenwart. Immer wieder sei es notwendig, den Wert des Menschen als Leitlinie herauszustellen. Schneider: „Das gilt für die häufige Ausgrenzung von psychisch kranken Menschen, für die Bioethik oder für die Diskussion um Sterbehilfe.“ ■



RAG München

Andreas Heusler

Der Wandel des Gedenkens an den 9. November 1938 seit Kriegsende

oder „Hat Erinnerung Zukunft?“

Am 9. November 2015 hielt Dr. Andreas Heusler, Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Leiter des Sachgebiets Zeitgeschichte/Jüdische Geschichte beim Stadtarchiv München, während der Gedenkstunde im Alten Rathaussaal einen Vortrag, den wir gekürzt wiedergeben:

Zeitsprung – 70 Jahre zurück. Es ist der 9. November 1945 in München. Ein Freitag ohne besondere Vorkommnisse. Gut sechs Monate sind verstrichen, seit amerikanische Soldaten München besetzt und – weitgehend unblutig – das unselige Kapitel „Hauptstadt der Bewegung“ beendet haben. Die „Entnazifizierung“ des öffentlichen Raums vollzieht sich schleppend. Die „Entnazifizierung“ in den Köpfen wird noch wesentlich mehr Zeit benötigen.

Gerade einmal sieben Jahre ist es her, dass in Deutschland Synagogen brannten, Schaufenster eingeworfen, Geschäfte geplündert, Menschen gedemütigt und ermordet wurden. Die Erinnerung könnte also noch frisch sein. Der Alltag wird – natürlich – von den Sorgen und Nöten bestimmt,

die das Leben in einer kriegszerstörten Stadt mit sich bringt, das Heute dominiert. Die nationalsozialistische Vergangenheit wird, so gut es geht, ausgeblendet.

Inmitten dieser von Zerstörung geprägten Szenerie wird tatsächlich auch über den 9. November 1938 gesprochen. Aber doch anders, als zu erwarten wäre. Denn es ist kein Gefühl der Scham, der Betroffenheit oder des mitfühlenden Gedenkens, das die Menschen bewegt. Im Gegenteil. Es ist ein wüstes Gerücht, eine wirre Kolportage voll böser, auch antisemitischer Polemik gegen die Überlebenden, wonach die amerikanischen Besatzungsbehörden den zahllosen Displaced Persons an diesem Tag freie Hand lassen werden – „als Vergeltung für den Judenpogrom (...) 1938“. Deutsche,

so heißt es, seien an diesem Tag Freiwillig. Die Behauptung von der Rache der „KZler“ – wie man die Überlebenden der Lager abschätzig nennt – fällt auf fruchtbaren Boden. Tatsächlich passiert an den Novembertagen des Jahres 1945 nichts dergleichen. Aber: Es findet in München auch keine Gedenkfeier zur Erinnerung an die „Reichskristallnacht“ statt.

Erst im Jahr darauf erinnert man an die Pogrome von 1938. Am 9. November 1946 wird auf dem Neuen Israelitischen Friedhof an der Garchingener Straße ein Gedenkstein für die „Jüdischen Opfer des Faschismus“ enthüllt – im Beisein hoher Repräsentanten des Staates und der Stadt sowie der beiden großen Kirchen. Ein zögerlicher Anfang ist damit gemacht. Aber noch ist es eine Veranstaltung in der Abgeschiedenheit eines Friedhofes im gesellschaftlichen Abseits, unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Aktives Gedenken: Auch 2015 verlasen u. a. Jugendliche unter dem Motto: „Jeder Mensch hat einen Namen“ die Namen der 4 587 Münchner Opfer des Holocaust.



Foto: Andreas Gregor

Es ist erstaunlich und irgendwie auch nicht, dass weitere fünf Jahre bis zur nächsten Gedenkveranstaltung vergehen. Erst 1951 organisiert die Münchner Lesing-Gesellschaft eine Kundgebung im Plenarsaal des Bayerischen Landtags – „zur Förderung der Toleranz“, wie es heißt. Die Schriftstellerin Luise Rinser spricht über „Antisemitismus – gestern und heute“. Ausgerechnet Rinser, die 1934 mit einer hymnischen Dichtung dem „Führer“ gehuldigt hatte. Der Emigrant Fritz Kortner liest Émile Zolas legendären Brief zum Fall Dreyfus (J'accuse!). Und der von der Gestapo schikanierte katholische Geistliche Emil Muhler ruft auf zum „Mut zur Erinnerung“.





Dr. Andreas Heusler während des Vortrags am Jahrestag des Novemberpogroms.

» Die hochkarätig besetzte Veranstaltung im Bayerischen Landtag ist der Auftakt einer sich langsam verstetigenden Gedenkkultur. Ohne das Engagement von Vereinen, Verbänden und geschichtssensiblen Gruppierungen wäre es so weit freilich nicht gekommen. In den 1950er-Jahren ist es vor allem die sehr aktive Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, die unermüdlich mit Veranstaltungen dem Vergessen und Verdrängen entgegenarbeitet. Denn in der „Stille der 1950er-Jahre“, wie Rainer Blasius diese Zeit beschreibt, dominiert das Muster des Wegschauens. Der Wiederaufbau soll frei vom Störfeuer quälender Bilder aus der Zeit vor 1945 vor sich gehen.

Ein markantes Datum in der Geschichte des Novembergedenkens ist schließlich der 20. Jahrestag der „Reichskristallnacht“. 1958 appellieren – wieder auf Initiative der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit – Politiker und Überlebende im vollbesetzten Sophiensaal an Eltern, Lehrer und Universitätsprofessoren, die Jugend besser über die Geschichte des „Dritten Reiches“ zu informieren. Julius Spanier, der Mediziner Alfred Marchionini und der amtierende bayerische Landwirtschaftsminister Alois Hundhammer sprechen.

Etwa 200 Mitglieder der Gewerkschaftsjugend gehen in einem Schweigemarsch durch München, um am Denkmal der Geschwister Scholl in der Universität einen Kranz niederzulegen. Auf Transparenten fordern sie „Wann werden die Verantwortlichen endlich zur Rechenschaft gezogen?“ An einer Feierstunde auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau nehmen anschließend 500 Jugendliche teil; fünf Jahre später sind es

sage und schreibe 5.000 – das sind Größenordnungen, von denen wir heute im Jahr 2015 nur noch träumen können.

Leider ist das Novembergedenken heute keine Großveranstaltung mehr. Doch positiv ist, dass sich der 9. November in den vergangenen Jahren beinahe selbstverständlich in breiten Kreisen der Bevölkerung als wichtigstes Datum der Erinnerung an nationalsozialistisches Unrecht und an die Leiden der Opfer etabliert hat. Dieser Prozess der Verstetigung beginnt in den frühen 1960er-Jahren. Regelmäßig findet seitdem jedes Jahr im November mindestens eine Veranstaltung statt. Nach wie vor nehmen wenige Repräsentanten des Staates und der wichtigen öffentlichen Institutionen daran teil. Und immer noch kommen die maßgeblichen Impulse zur Erinnerung von Vertretern der Opfergruppen und von Überlebenden sowie von politisch sensiblen Gruppierungen wie etwa der Gewerkschaftsjugend.

Begleitet wird dieser Prozess von neuen Formen der inhaltlichen Auseinandersetzung und der Herstellung von Öffentlichkeit. Im November 1968 zeigt das Münchner Stadtmuseum erstmals eine kleine Ausstellung zum Thema „30 Jahre Reichskristallnacht“, die der jüdische Medizinstudent David Wasserstein erarbeitet hat.

20 Jahre später folgen Ausstellungen des Stadtmuseums und des Stadtarchivs im Alten Rathaussaal im November 1988 und im November 1989 im Saal der Israelitischen Kultusgemeinde. Erstmals stehen jetzt auch die Betroffenen selbst, die Opfer des Novemberpogroms, im Mittelpunkt. Mit diesem Projekt rückt ein wichtiges Bekenntnis in den Vordergrund: „Jeder

Mensch hat einen Namen“. Damit wird 1989 das Leitmotiv für die später regelmäßig stattfindenden Namenslesungen am Gedenkstein der ehemaligen Hauptsynagoge formuliert. Der Eichmann-Prozess, insbesondere aber der Frankfurter Auschwitz-Prozess der 1960er-Jahre entfalten jetzt Wirkung.

In den 1990er-Jahren wandelt sich die Gedenkkultur erneut. Neue Erkenntnisse der historischen Forschung sorgen für eine stärkere Kontextualisierung der „Reichskristallnacht“, die nicht mehr als isoliertes Ereignis gewertet, sondern in die Dynamik der nationalsozialistischen Judenverfolgung eingeordnet wird. Topografische Verortung, Benennung von Tätern sowie die signifikante Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sind zu beobachten – zweifellos die Reaktion einer kritischen Öffentlichkeit auf den besorgniserregenden Rechtsextremismus und die Ausländerfeindlichkeit jener Jahre.

In München – aber auch in anderen Städten – beginnt man in den 1990er-Jahren mit der Verlesung der Namen der Verfolgten, der Vertriebenen und der Ermordeten. Auch die Individualität, die Persönlichkeit und das soziale Umfeld der Betroffenen bekommen Kontur. Und weil den Menschen endlich ein Gesicht gegeben wird, bekommt die Ungeheuerlichkeit der damaligen Geschehnisse eine bislang ungeahnte Wucht und Wirkkraft.

Ob allerdings die seit Jahren und Jahrzehnten praktizierten Rituale des Erinnerns noch genügend Reichweite und Überzeugungskraft haben, um nachfolgende Generationen anzusprechen, ist zu fragen. Machen wir uns nichts vor: Vor allem bei jungen Menschen finden Diskurs und Kommunikation, Erfahrungsaustausch und Informationsbeschaffung zum großen Teil in sozialen Netzwerken in einem virtuellen Raum statt.

Das heißt für uns: Dass die Erinnerung tatsächlich eine Zukunft bekommt, ist die Aufgabe von uns allen. Wenn wir die Diskussion über diese Zukunft der Erinnerung nicht oder nur beiläufig führen, wird die Erinnerungskultur verkümmern und in absehbarer Zeit nur noch akademisches Interesse auslösen – bei Historikern, Volkskundlern – und am Ende bei Archäologen. ■

Dr. Andreas Heusler ist Leiter des Sachgebiets Zeitgeschichte/Jüdische Geschichte beim Stadtarchiv München und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



RAG Südhessen

Saskia Heineken

„Schüler Gegen Vergessen Für Demokratie“

Geschichts-Leistungskurs der Lichtenbergschule fuhr nach Krakau und Auschwitz.

Vor unserer Fahrt vom 10. bis zum 18. Oktober 2015 war bei allen im Leistungskurs Geschichte eine Vorfreude auf unsere Abschlussfahrt zu spüren. Trotzdem tauchten hin und wieder Fragen und Momente der Unsicherheit auf, wenn wir daran dachten, dass nach vier Tagen in Krakau

unsere Fahrt nach Auschwitz (Oswiecim) führen würde: Was erwartet uns dort? Wie werden wir uns fühlen? Müssen wir weinen? Wie wird es sein, sich intensiv mit diesem Ort des Schreckens, der oft so genannten „Metropole des Todes“ auseinanderzusetzen?

Gemeinsam mit unseren Lehrerinnen Frau Sachse und Frau Diessl und unserem Lehrer Herrn Heinrich hatten wir uns auf diese Fahrt vorbereitet. Jede(r) hatte sich einen Schwerpunkt ausgesucht und einen Beitrag für die täglichen Gesprächsrunden vorbereitet. Themen wie Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste“ führten zu Recherchen über Oskar Schindler und seine Fabrik. Außerdem wurden Präsentationen über Krakaus jüdisches Viertel Kazimierz, über die sozialistische Arbeiterstadt Nowa Huta, über den Kommandanten des KZ Plaszow bei Krakau Amon Göth, über den Aufstand im Warschauer Getto, aber auch über Auschwitz als Symbol und die Rezeption in den sozialen Netzwerken heute erstellt.

Neben den individuellen Vorbereitungen besuchten uns Frau Rützel und Frau Dr. Krimmel vom Darmstädter Stolpersteine-Projekt und stellten uns Biografien von Darmstädter Bürgerinnen und Bürgern vor, die nach Auschwitz deportiert und dort ermordet worden sind. Wir erhielten Einblicke in Leben und Werk des Darmstädter Museumskustos Dr. Karl Freund sowie in die Familiengeschichte von Caroline Strauss und Liese und Hedwig Juda. Deren Pariser Nachfahre Pierre Jablon hat uns später auf unserer Reise begleitet.

Am letzten Tag vor unserer Fahrt besuchte uns das Polenmobil des Deutschen Polen-Institutes aus Darmstadt. Dessen Team vermittelte uns in 90 Minuten Einblicke in landeskundliche, historische und politische Inhalte zu Polen.



Foto: Maximilian Nungeß

Der Leistungskurs Geschichte in der Gedenkstätte Auschwitz vor der Installation „Before they perished“, die Fotos aus dem Besitz ermordeter Jüdinnen und Juden zeigt.

Gut vorbereitet erreichten wir nach 15-stündiger Busfahrt Krakau. Als wir in Richtung Altstadt gingen, erwartete uns eine bunte Mischung aus Bauwerken der Gotik, des Barock, der Renaissance und späterer Epochen. Seit vielen Jahrhunderten ist Krakau unzerstört geblieben, weshalb diese einzigartige Mischung (UNESCO-Welterbe) existiert.

Am Montag gingen wir durch Schneeregen zu Schindlers Fabrik, in der wir durch die Ausstellung über die Geschichte Krakaus im Zweiten Weltkrieg, das Generalgouvernement, das Krakauer Getto und dessen Auflösung geführt wurden. Zum Schluss ging es um Schindlers Fabrik und die von ihm geretteten ca. 1.100 „Schindler-Juden“.

Am nächsten Tag erwartete uns ein Kontrastprogramm. Wir fuhren mit dem Bus nach Nowa Huta, eine 1949 errichtete

Arbeiterstadt, die als kommunistische Vorzeigestadt rund um ein Stahlhüttenkombinat gebaut, aber bereits in den 1960er-Jahren von Unruhen erschüttert wurde, als die Bevölkerung sehr nachhaltig den Bau einer Kirche forderte. Wir besuchten auch die Kirche, die in ihrer Form an die gestrandete Arche Noah erinnern soll. An vielen Stellen fanden wir Spuren des polnischen Papstes Johannes Paul II., der sich bereits als Kardinal von Krakau für diesen Kirchenbau eingesetzt hatte.

Ab dem dritten Tag wurden wir von Pierre Jablon, dem französischen Nachfahren der Darmstädter Shoah-Opfer, begleitet. Nach dem Besuch des Wawel-Schlusses ging es ins jüdische Viertel Kazimierz, auf den jüdischen Friedhof und zur Alten Synagoge. Auch einen der Original-Schauplätze aus dem Film „Schindlers Liste“ konnten wir uns genauer anschauen. »

» Viele sahen bei diesem Rundgang erstmals einen jüdischen Friedhof und ein jüdisches Viertel. Leider wurde das sehr lebendige Leben der jüdischen Gemeinde in Krakau durch die Shoah abrupt beendet. Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten hier 70.000 Juden. Jeder vierte Krakauer war jüdisch. Heute zählt die Krakauer jüdische Gemeinde nur noch 176 Mitglieder.

Am Abend setzten wir die Gespräche und die Diskussion über das Gesehene und Erlebte mit Pierre Jablon fort. Als wir über unsere Gefühle und Gedanken im Hinblick auf die Fahrt nach Oswiecim redeten, sprachen viele über ihre Unsicherheit, über das, was uns erwartete, und formulierten die besorgte Frage, ob wir geschockt, traurig oder sprachlos sein würden.

Am Donnerstag besuchten wir das Jüdische Zentrum in Oswiecim. Dort wurden wir in das jüdische Leben dieser Stadt vor 1939 und nach 1945 eingeführt. Auch in Oswiecim gab es vor dem Krieg eine sehr lebendige jüdische Gemeinde mit 60.000 Mitgliedern. Nach dem Krieg kehrte nur ein Überlebender in die Gemeinde zurück. Anschließend gingen wir zum Jüdischen Friedhof. Heute versuchen in der Kleinstadt Oswiecim 40.000 Einwohner ein möglichst normales Leben zu führen.

Dennoch war es ein mulmiges Gefühl zu wissen, dass keine 800 Meter entfernt von unserer Herberge, dem katholischen „Zentrum für Dialog und Gebet“, das Stammlager Auschwitz liegt.

Am Freitag machten wir uns mit unseren Gästen Pierre Jablon und Prof. Gideon

Eindrücke verarbeiten: Zeichnung „Den Opfern ein Gesicht geben. Ankunft in Auschwitz-II-Birkenau“ der Schülerin Leah Gass aus dem LK Geschichte.

Foto: Leah Gass



Foto: „Schüler Gegen Vergessen Für Demokratie“

Pierre Jablon sucht die Namen seiner ermordeten Verwandten im „Buch der Namen“.

Greif im Nebel auf den Weg zum Stammlager. Dort wurden wir von Herrn Prof. Greif (israelischer Historiker) und Frau Krystyna Oleksy (Leiterin der Erinnerungstiftung Auschwitz-Birkenau) geführt. Wir besichtigten die Baracken, in denen Bilder und Dokumente ausgestellt sind. Bei den Räumen mit den Bergen von Haaren, Koffern, Prothesen, Kinderschuhen und Geschirr verschlug es mir die Sprache. Mir vorzustellen, dass jeder einzelne dieser Gegenstände Geschichten zu seinem Besitzer erzählen könnte, dass sich hinter jedem Schuh, jedem Koffer, jedem Topf ein Menschleben verbirgt, dessen Identität einfach ausgelöscht wurde, konnte ich mir nicht vorstellen. Dass vor über 70 Jahren Menschen über diese Straßen und durch diese Baracken gehen mussten, bedrückte mich. Im Stammlager sahen wir das „Buch der Namen“, in dem die Namen der Ermordeten stehen. Darin fanden wir die Namen von Dr. Karl Freund, Caroline Strauss und Hedwig Juda – letzte Spuren der Darmstädter Bürgerinnen und Bürger, die uns bereits bei dem Vortrag der Stolperstein-Initiative begegnet waren. Jedoch war der Name von Liese Juda nicht aufgelistet, sodass wir beschlossen, uns in Deutschland – beim ITS Bad Arolsen – weiter auf Spurensuche zu begeben. Im Mai 2016 werden wir Pierre Jablon im Rahmen der Europawoche in Darmstadt wiedersehen und mit ihm weiter über seine Familiengeschichte sprechen.

Der Besuch des Vernichtungslagers Birkenau am nächsten Tag war erschreckend. Ich kann mir trotz des vorhandenen Bildmaterials und der Literatur nicht vorstellen, wie das Leben in einem KZ, in einer solchen „Todesfabrik“ gewesen sein muss. Wir können immer mehr darüber lesen, aber wir werden uns das Ausmaß der Angst, die Hoffnungslosigkeit, den Terror und den Schrecken nie vorstellen können. Es ist so

irreal, dass in diesen vier Krematorien bis zu 1,1 Millionen Menschen verbrannt wurden, die vorher in den Gaskammern ermordet wurden. Ich war sprachlos. Ich wusste nicht, wie ich meine Gefühle in Worte fassen oder wie ich sie ausdrücken sollte.

Schwer vorstellbar war für uns auch das Nebeneinander von bis zu 100.000 im „Wartezimmer des Todes“ dahinvegetierenden registrierten „Häftlingen“ (Zwangs- oder Sklavenarbeitern) in den Birkenauer Baracken und den von der Rampe weg zum Tod selektierten, direkt nach ihrer Ankunft in die Gaskammern geleiteten 900.000 Todeskandidaten, die in endlosen Schlangen entlang den Bahngleisen in Richtung des Birkenwäldchens zogen, wo Gaskammern, Krematorien und Verbrennungsgruben installiert worden waren und NS-Täter den Tod industriell „produzierten“, wie uns Prof. Greif anschaulich verdeutlichte. Wenige Tage vorher war dessen jüngstes Werk über den Aufstand am 7. Oktober 1944 im Sonderkommando Auschwitz erschienen. Er nahm sich sehr viel Zeit, all unsere Fragen zu Auschwitz und Birkenau zu beantworten.

An beiden Nachmittagen konnten wir in einer umgebauten Baracke im Stammlager einen Workshop und einen Multimedia-Vortrag besuchen. Dieser Vortrag unter dem Thema „SS-Aufseher – ganz „normale“ Menschen“ und der Workshop „Pseudomedizinische Versuche in Auschwitz“ gaben uns weitere Einblicke in den Alltag und in die Biografien der Täter, die in Auschwitz als Lagerkommandant, Aufseherin/Aufseher oder SS-Arzt gearbeitet haben.

Gespräche untereinander, mit unseren Lehrkräften und den angereisten Expertinnen und Experten halfen uns, das Erlebte zu bewältigen und uns gegenseitig Halt zu



Foto: „Schüler Gegen Vergessen Für Demokratie“



Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Geschichte der Lichtenbergschule Darmstadt kurz vor ihrer Abfahrt zur Studienfahrt nach Polen.

geben. Als Kurs sind wir in diesen Tagen enorm zusammengewachsen.

Folgen nicht unterschätzt werden dürfen.

Auf unserer Rückfahrt von Auschwitz nach Darmstadt hatten wir einen zweistündigen Aufenthalt in Dresden, wo bereits die Vorbereitungen für eine große Pegida-Demonstration zum Jahrestag dieser Veranstaltungen am darauffolgenden Tag liefen. Einmal mehr wurde uns vor Augen geführt, dass Intoleranz, Fremdenhass und Diskriminierung sehr aktuelle Themen sind und ihre

Ich bin froh, dass wir als Leistungskurs Geschichte mit dieser Gedenkstättenfahrt ein Zeichen „Schüler Gegen Vergessen Für Demokratie“ setzen konnten. Da wir uns dem Thema aus sehr verschiedenen Perspektiven nähern und uns mit einem israelischen Wissenschaft-

ler, einer polnisch-katholischen Expertin, einem europäisch-französisch-jüdischen Nachfahren und auch untereinander austauschen konnten, haben wir multiperspektivische Zugänge zum Thema der Studienfahrt kennengelernt. So konnten wir vertiefte Erkenntnisse auch über unterschiedliche Gewichtungen der Erinnerungskultur erlangen.

Es ist wichtig, dass wir uns mit unserer Geschichte auseinandersetzen, um bis heute anhaltende Spannungen zwischen Völkern und Ethnien verstehen zu können. Es ist wichtig, dass trotz verschiedener Meinungen und Standpunkte immer ein Weg des Dialogs offengehalten wird, um gemeinsam gewaltfreie Lösungen zu finden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Intoleranz, Fremdenhass und Wut die Oberhand gewinnen. Wir müssen ein Zeichen gegen das Vergessen und für eine gerechte, humane, demokratische und offene Welt schaffen. ■

Saskia Heineken ist Schülerin der Jahrgangsstufe 12 des Geschichte-Leistungskurses der Lichtenbergschule Darmstadt.

RAG Thüringen

Joachim Heise sowie Schülerinnen und Schüler des Humboldt-Gymnasiums Nordhausen

Besuch der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

Am 22. Oktober 2015 hatte eine Schülergruppe des Gesellschaftswissenschaftsunterrichtes des Humboldt-Gymnasiums Nordhausen die Gelegenheit, mit dem Zeitzeugen Joachim Heise die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus kennenzulernen und zu erkunden.

Selbst bei schönem Wetter und von außen wirkte das ehemalige Zuchthaus in Cottbus auf die Schülergruppe bedrohlich.

Foto: Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.



Mit dem Besuch der Gedenkstätte in Cottbus schloss sich eine Wissenslücke zur SED-Diktatur. Schon 2014 hatten die Schülerinnen und Schüler damit begonnen, zum 25-jährigen Jubiläum der friedlichen Revolution eine Ausstellung mit dem Team des Stadtmuseums Flohburg zu gestalten. Für das Projekt wählten die Schülerinnen und Schüler den Titel: Nordhausen während der „Revolution der Kerzen“ vor 25 Jahren. Der Umbruch 1989/90. Nachdem die Schülerinnen und Schüler in Stadtbibliothek und Stadtarchiv vorhandene Kenntnisse vertieften, sollten Besuche wie im Zeit-»



Die Schülerinnen und Schüler mit der Gedenkstättenpädagogin Frau Hana Hlásková und dem Zeitzeugen Herr Heise.

» geschichtlichen Forum in Leipzig, in der Nikolaikirche in Leipzig und in der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt, jeweils mit Zeitzeugengesprächen, helfen, die Zusammenhänge der Zeit des Umbruchs kennenzulernen und die Ereignisse zu bewerten.

Bei der Vielzahl der gesammelten und recherchierten Zeitzeugnisse und Eindrücke blieben in nachfolgenden Gesprächen Fragen offen, z. B.:

- Wie gestaltete sich in der ehemaligen DDR der Umgang mit den Menschenrechten?
- War die Verfassung der DDR Richtschnur für das politische und gesellschaftliche Handeln?
- Gab es in DDR-Gefängnissen Zwangsarbeit?

Der Besuch in Cottbus, den die Thüringer Staatskanzlei aus Lottomitteln und der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. finanziell förderten, trug dazu bei, die offenen Fragen am authentischen Ort mit ehemals vom Unrecht Betroffenen zu klären und einer Beantwortung zuzuführen.

Wie die Schülergruppe den Tag in Cottbus erlebte, fassten die Schülerinnen und Schüler wie folgt zusammen:

In Cottbus angekommen, empfing uns die Gedenkstättenpädagogin Hlásková, die uns durch den Tag dort begleitete. Zunächst haben wir uns mit den Begriffen „Demokratie“ und „Menschenrechte“ auseinandergesetzt und mussten feststellen, dass Einschränkungen dieser Rechte für uns heute unvorstellbar sind. Anschließend besichtigten wir die Werkstatthalle, wo der VEB Pentacon Dresden politisch Inhaftierte zwangsweise arbeiten ließ, und konnten uns durch Herrn Heises ausführliche Beschreibungen besser in den Alltag der Häftlinge hineinendenken.

Abschließend führte uns Frau Hlásková durch die Dauerausstellung „Karierte Wolken“. Der Titel charakterisiert besonders treffend den Blickwinkel der Gefangenen durch die Gitterstäbe in die Freiheit.

Auf der Heimfahrt tauschten wir unsere Eindrücke aus:

Sarah: Als wir vor dem Tor standen, sah es nicht sehr einladend aus, und ich dachte mir, dass sich so die Gefangenen gefühlt haben müssen, als sie ankamen. Ich hatte sofort das Gefühl, ich würde in ein Gefängnis gehen.

Matthias: Für mich war es sehr interessant zu sehen, wie der Gefängnisalltag aussah, gerade wenn ein Zeitzeuge wie Herr Heise berichtet. Schockierend waren meiner Meinung nach die Verhältnisse, in denen die Häftlinge leben mussten. So bestand eine Zelle u. a. aus 28 Betten auf 44 m². Wenn man dazu bedenkt, dass ein Großteil der Gefangenen aus politischen Gegnern bestand, welche gegen die DDR und somit für die Freiheit protestierten, also nichts verbochen hatten, fühlt man sich noch einmal viel bedrückter.

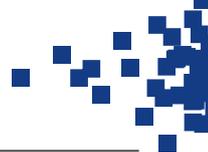
Lena: Als ich dieses bedrohlich aussehende Gebäude sah, fiel es mir schon schwer genug, das Gelände zu betreten. In diesem Moment kamen alle verschiedenen Eindrücke auf einen zugestürmt, doch vor allem Unbehagen, bei dem Gedanken an all die Leute, die hier viele Jahre ihres Lebens verbracht haben. Ich will mir gar nicht vorstellen müssen, wie es gewesen sein muss, durch dieses Tor zu gehen, mit dem Wissen, dass man hier so bald nicht wieder rauskommen wird.

Konrad: Ich fand das Zuchthaus Cottbus sehr interessant, aber auch schockierend, unter welchen Bedingungen Verbrecher und politische Gegner eingesperrt wurden. Durch das Beschreiben des Lebens eines weiteren Besuchers, der in Cottbus einsaß, bekamen wir zusätzliche Informationen vom Leben in einem Gefängnis.

Hanna: Für mich war schon der erste Eindruck des Geländes erdrückend. Durch die Erlebnisschilderung gleich am Ort des Geschehens war das Ganze erschreckend realistisch und nicht so weit entfernt, als würde man alles nur in einem Buch lesen.

Julius: Ich fand vor allem sehr einprägsam und erschreckend, wie versucht wurde, die Menschen in dem Gefängnis psychisch immer kleiner zu machen. Unterstützt durch die persönlichen Eindrücke Herrn Heises, bekamen wir natürlich ein ganz anderes Bild von den Zuständen und es war teils schon erdrückend, durch den Schauplatz solcher Geschehnisse zu laufen. ■

Joachim Heise ist Koordinator der RAG Thüringen. Die Schülerinnen und Schüler besuchen gegenwärtig die Klassenstufe 10 des Humboldt-Gymnasiums Nordhausen.



RAG Baden-Württemberg, Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Nadine Dürr

Erinnern in der Sprache des Auges

Hailfingen: Schüler präsentieren Arbeiten des Kreativ-Workshops

Aus dem geschützten Grünbestand heraus blicken sie den Passanten still an: sieben steinerne Augen, die ein Fenster in die Vergangenheit öffnen. Was die Häftlinge im KZ-Außenlager Hailfingen-Tailfingen bewegte, legten fünf Schüler des Nagolder Otto-Hahn-Gymnasiums

den Objekten in die Iris. Im Kreativ-Workshop der KZ-Gedenkstätte hatten sie sich zunächst intensiv mit der Lagergeschichte auseinandergesetzt und dann im Atelier des Ellwanger Bildhauers Rudolf Kurz Hammer und Meißel geschwungen.

Einen Davidstern arbeitete Melanie Stehle aus dem steinernen Auge heraus. „Er symbolisiert das Negative und das Positive: dass die Häftlinge als Juden abgestempelt wurden und hart arbeiten mussten, aber auch den Stolz auf die Religion“, erklärte die Neuntklässlerin. Willi Holm hatte in seiner Arbeit das Symbol eines Schuhs für die Todesmärsche gewählt, aus Luisa Kinnes Auge ragten die beiden Buchstaben „KZ“ – „weil die Leute die Erinnerung daran nie wieder vergessen haben“, erklärte sie. Lisa Häußler stellte in ihrem Werk die Verwandlung von Menschen in Nummern dar: Auf der Rückseite des Steins fand sich die Auschwitz-Nummer des Häftlings Mordechai Ciechanower, auf der Vorderseite sein Name und der Schriftzug „Israel“, der für die Freiheit stehe, wie die Schülerin erklärte. Die harte Arbeit der Häftlinge symbolisierte auf Lisa Weiß' Steinauge die Spitzhacke, auf der Rückseite beschäftigte sich die Gym-



Steinernes Auge mit Davidstern: Melanie Stehle mit ihrem Kunstwerk.

Lisa Weiß bei der Bearbeitung des „Steinauges“, das später die Form einer Spitzhacke bekommen sollte.



Fotos: Harald Roth

nasiastin mit der Rolle der Dorfbewohner: „„Sie müssten sehen‘ ist ein Zitat eines Häftlings und es spielt darauf an, dass die Häftlinge durchs Dorf liefen und die Leute das sahen, aber nichts taten.“

Ein großes Kompliment machte der Workshop-Leiter und Urheber des Hailfinger KZ-Mahnmals, Rudolf Kurz, den Teilnehmern: „Es war eine kleine, aber sehr effektive Gruppe mit angenehmen Schülern, die sehr konzentriert arbeiteten.“ Die Idee eines steinernen Auges hatte Kurz selbst eingebracht. Assoziationen wie „wegschauen, zuschauen, hinschauen“ drängten sich hier auf, erklärte der Künstler. Die und Schülerinnen und

Schüler hätten aber nicht nur diese Vorlage aufgegriffen, sondern auch eigene Gedanken in ihre Arbeiten integriert.

„Solche Projekte sind wichtig, um das Erinnern wachzuhalten“, lobte der Rottenburger Baubürgermeister Thomas Weigel in seiner kurzen Rede. So geschehe nicht, was viele wünschten: „dass Gras über die Angelegenheit wächst“. Ausdrücklich „kein Museum“ sei die KZ-Gedenkstätte, hatte zuvor Harald Roth betont: „Das Gedenken lässt sich nicht in einen Ausstellungsraum einsperren.“ Die von den und Schülerinnen und Schülern hergestellten Gedenksteine sollen deshalb die Initialzündung zu einem größeren Projekt wer-»

» den: „Sie markieren den Anfang eines Gedenkpfad mit weiteren Stationen.“ Auch diese sollen mit Schülerarbeiten bestückt werden. Verschiedene Materialien wie Holz oder Metall sind denkbar. „Für jeden Häftling einen Gedenkstein – das ist Stoff für viele Workshops“, meinte Roth. Ein Pfad durch den „geschützten Grünbestand“ besteht bereits und vonseiten der Rottenburger Verwaltung erhielt die Gedenkstätte auch schon eine Genehmigung für ihr Vorhaben. Der Naturschutz sei nicht tangiert.

Die Nagolder Schüler nehmen jede Menge Erfahrungen aus Kurz' Ellwanger Atelier mit. „Ein Denkmal zu setzen und sich mit Leuten auseinanderzusetzen, die etwas von der Materie verstehen – das war schon eine große Gelegenheit“, sagt Luisa Kinne. Rudolf Kurz gibt sich hinsichtlich der Tragweite der von ihm angeleiteten Arbeiten bescheiden: „Eine Gesellschaft mit Kunst umzukrempeln gelingt nicht. Aber wenn wir einen kleinen Anstoß setzen können und bei den Beteiligten etwas hängen bleibt, dann



Willi Holm mit seinem steinernen Schuh als Symbol für die Todesmärsche.

hat es sich schon gelohnt.“

Ermöglicht wurde das Projekt dank Geldern von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Sponsoring des Nufringer Unternehmens Ensinger. Ge-

schäftsführer Klaus Ensinger betrachte dieses Engagement als staatsbürgerliche Pflicht, sagte Jörg Franke, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit der Firma, und begründete: „Ein Unternehmen braucht qualifizierte Mitarbeiter. Wir finden es aber auch gut, wenn man mal über den Tellerrand hinausschaut – auch ohne materiellen Nutzen.“ ■

Dieser Artikel erschien am 27. Juli 2015 im „Gäuboten“. Wir danken der Zeitung und der Autorin Nadine Dürr für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

Foto: Harald Roth

Anzeige

Besuchen Sie das neu gestaltete Beratungsportal: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de

The screenshot shows the website interface with a top navigation bar containing 'Impressum | Kontakt | Sitemap', a font size selector 'Schriftgröße', and a 'LOGIN' button. The main header features the logo and name 'Online Beratung Gegen Rechtsextremismus' with a search bar. Below the header is a horizontal menu with 'Startseite', 'Unser Ansatz', 'E-Mailberatung', 'Adressen', and 'Fallbeispiele'. The main content area displays a featured article titled 'Schulhof-CD' with a sub-header 'In der letzten Zeit stehen öfter Mitglieder der NPD-Jugendorganisation vor unserer Schule und verteilen eine sogenannte Schulhof-CD, auf der sich...' and a 'mehr erfahren' button with a right-pointing arrow.

Sie suchen individuelle Beratung?

Wir unterstützen alle Ratsuchenden, die sich aufgrund rechtsextremistischer, rassistischer oder anderer menschenfeindlicher Erscheinungen in ihrem Lebensumfeld beeinträchtigt fühlen. Gern vernetzen wir auch Menschen, die sich für eine Gesellschaft in Vielfalt engagieren möchten.



■ RAG Südhessen stellt sich vor

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist dort stark, wo sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um vor Ort gemeinsam für die Demokratie einzutreten. Derzeit bestehen bundesweit 35 regionale Arbeitsgruppen und Sektionen, die wir an dieser Stelle vorstellen möchten – mit den Gesichtern, die dahinter stehen. In dieser Ausgabe gibt Sprecher Klaus Müller Auskunft, der die Regionale Arbeitsgruppe Südhessen leitet.



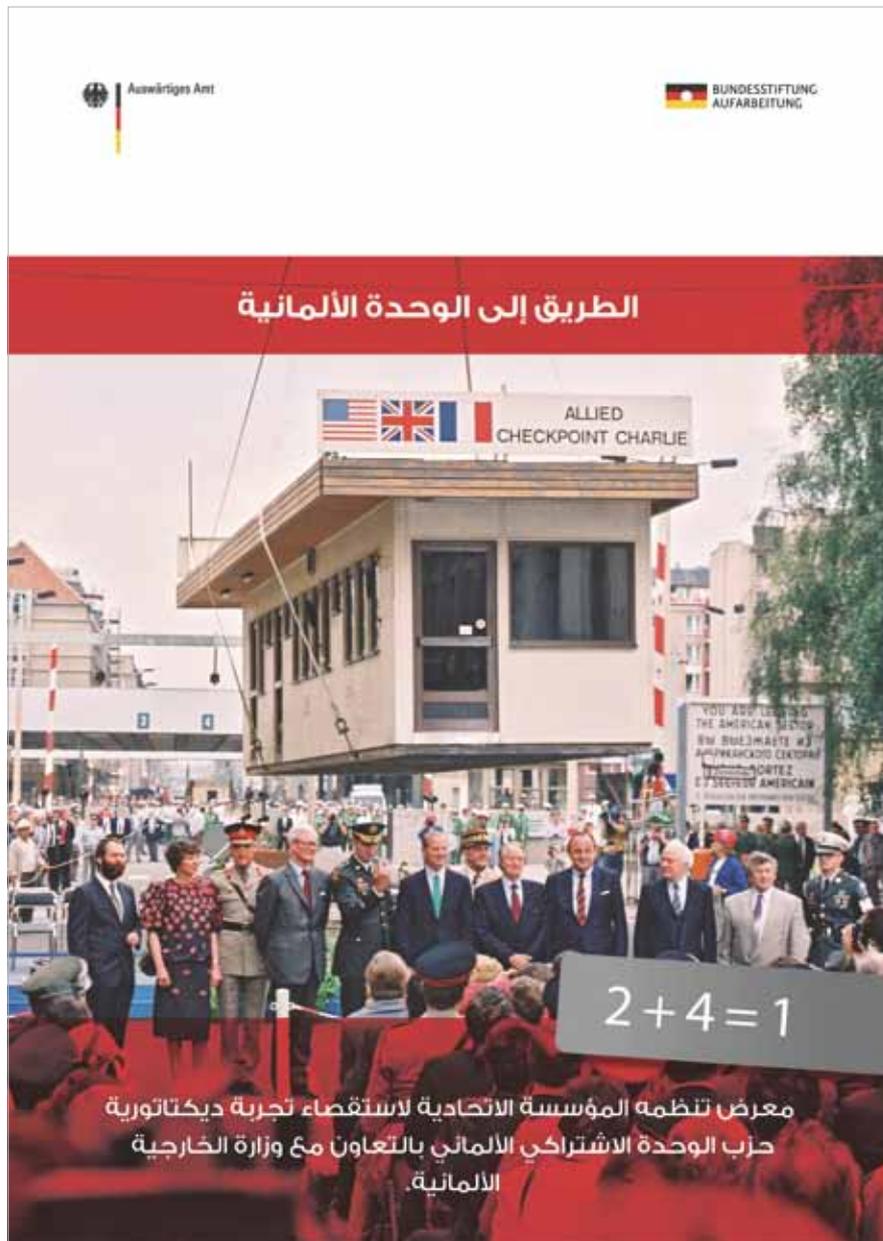
Foto: Privat

Name:	Klaus Müller
Geburtsdatum:	28. August 1945
Beruf:	Oberstudiendirektor a. D.
Motto unserer Initiative:	Heute gemeinsam aktiv sein, aus der Vergangenheit lernen und Demokratie für morgen festigen.
So bin ich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gelandet:	Als Schulleiter in Rüsselsheim suchte ich vor mehr als zehn Jahren nach einer finanziellen Unterstützung für eine historisch-politische Schülerfahrt nach Berlin. Dabei stieß ich auf die RAG Rhein-Main – und ich erhielt unglaubliche 150 Euro aus Berlin. Der Verein gefiel mir – die Zuwendung nicht!
Daraus ziehe ich Motivation für meine ehrenamtliche Arbeit	Die vielen positiven Rückmeldungen von denen, die an unseren Veranstaltungen teilnehmen – ganz besonders von jungen Leuten. Sie rechtfertigen alle Anstrengungen.
Diese Themen interessieren mich besonders:	Was kann man tun, um Gleichgültigkeit, Politikverdrossenheit und „innere Kündigung“ in Teilen unserer Gesellschaft gegenüber den Fundamenten der Demokratie zu begegnen? Wie kann die Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen so gestaltet werden, dass sie unsere Demokratie stärken?
Hier bin ich außerdem aktiv:	<ul style="list-style-type: none"> ■ Historisch-politische Initiativen und Erinnerungsarbeit in „meiner“ Stadt Mörfelden-Walldorf ■ SPD im Ortsverein und im Unterbezirk – mit geschichtspolitischem Schwerpunkt
Die Idee zur RAG Südhessen entstand, als das südhessische Standbein der RAG Rhein-Main über mehrere Jahre hinweg immer stärker geworden war und es die personelle Zusammensetzung dieser Gruppe sowie die spezifischen Aktivitäten 2015 nahe legten, Südhessen neben den drei anderen regionalen Arbeitsgruppen in Hessen als vierte, eigenständige RAG zu gründen.
Die Regionale Arbeitsgruppe Südhessen ist ein offener Gesprächskreis, der sich noch im Aufbau befindet. Wir haben einen pädagogischen Schwerpunkt, freuen uns aber über alle, die bei uns mitmachen wollen, auch wenn sie keine Pädagogen und keine Mitglieder unseres Vereins sind.
Für die Arbeit in der RAG wünsche ich mir, eine Verbreiterung des aktiven Kerns.
Und zu guter Letzt:	Hope to see you: Wir treffen uns alle vier Wochen in der Gaststätte „Altes Schalthaus“ in Darmstadt.

Ausstellung „Der Weg zur Deutschen Einheit“ auf Arabisch

Als Angebot für die historisch-politische Bildungsarbeit mit Kriegsflüchtlingen aus dem Nahen Osten stellt die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine arabische Fassung der Ausstellung „Der Weg zur deutschen Einheit“ zur Verfügung. Die Ausstellung ermöglicht es kommunalen und ehrenamtlichen Betreuenden, ein Bildungsangebot in der Muttersprache vieler Flüchtlinge anzubieten. Dabei ist klar, dass vielerorts zuerst für die Grundbedürfnisse der Flüchtlinge gesorgt werden muss. Dennoch kann die Ausstellung als ein erstes Informationsangebot dienen und zugleich der Langeweile in den Notunterkünften entgegenwirken.

Die gemeinsame Schau der Bundesstiftung Aufarbeitung und des Auswärtigen Amtes spannt einen historischen Bogen, der von der friedlichen Revolution des Jahres 1989 bis in die Gegenwart reicht. Die arabische Ausstellungsversion umfasst 20 Plakate im Format DIN A1, die mit geringem organisatorischen Aufwand vor Ort in den Flüchtlingsunterkünften präsentiert werden könnten. Zudem kann die Ausstellung für lokale Kultureinrichtungen und Initiativen Anstoß sein, Veranstaltungsangebote zu entwickeln, bei denen die örtliche Bevölkerung und Flüchtlinge zusammenkommen.



Deutsche Zeitgeschichte in arabischer Sprache: Die Ausstellung „Der Weg zur Deutschen Einheit“.

Die Ausstellung „Der Weg zur deutschen Einheit“ wurde 2015 in Hunderten Städten und Gemeinden im gesamten Bundesgebiet und in mehr als zehn Sprachfassun-

gen international gezeigt. Die arabische Übersetzung der Ausstellungstexte übernahm die deutsche Botschaft in Kairo. ■

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat 50 Exemplare der Ausstellung angekauft und an die Sprecherinnen und Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen verteilt. Sie können von dort oder über die Geschäftsstelle in Berlin bezogen werden.

Abbildungen: Bundesstiftung Aufarbeitung





„Lebensunwert, unerwünscht“, ein Dokumentarfilm von Guillaume Dreyfus

Der Film „Lebensunwert, unerwünscht“ stellt die rassenideologische Intention von Zwangssterilisation und „Euthanasie“ dar. Im Film berichten Menschen, die im Sprachgebrauch der Weimarer Republik und dann im Nationalsozialismus als „Defektmenschen“, „leere Menschenhüllen“ und „Ballastexistenzen“ und eben „unwertes Leben“ bezeichnet und später selektiert wurden, über ihr Leben. Man sprach ihnen das Recht auf Fortpflanzung und ihr Leben ab. Man sah sie als „unnützen Ballast“ an, der die angestrebte eugenische Weiterentwicklung und sogenannte „Aufartung“ der Gesellschaft behindern würde. Die NS-Gesundheitspolitik klassifizierte alle Behinderten, chronisch Kranken und später viele weitere von der angeblichen Norm abweichende Menschen als „lebensunwert“ und sterilisierte sie. Sterilisationen wurden notfalls mit Polizeigewalt durchgesetzt. Als „erbkrank“ stigmatisierte Kinder durften keine weiterführenden Schulen besuchen, Zwangssterilisierte waren in der Berufswahl eingeschränkt und durften nur Zwangssterilisierte heiraten. Viele der Opfer wurden erst zwangssterilisiert und in den

Folgejahren durch die „Euthanasie“ zum „Wohl“ der Gesellschaft und zur „Reinhal tung der Rasse“ getötet. Circa 5.000 Frauen und 600 Männer starben infolge der Eingriffe bei den Sterilisationen.

Gisela Bock geht in ihrem Buch „Zwangssterilisation im Nationalsozialismus“ auch auf Zwangsabtreibungen ein. Sie geht davon aus, dass es allein 30.000 „rassenhygienisch“ motivierte Abtreibungen bei sogenannten „Lebensunwerten“ gab. Im Film gibt es ein eindrückliches Beispiel von einer Frau, die über ihre Zwangssterilisation nicht sprechen durfte, weil die Scham über das „Lebensunwerte“ in der Familie so groß war. All diese Eingriffe in die persönliche Entwicklung der Menschen und ihre Verfolgung hat die Opfer zutiefst traumatisiert und ihre Lebenswege zerstört. Opfer dieser Verbrechen waren Familienangehörige, Väter, Mütter, Kinder, oder Alleinstehende. Die hoch traumatisierten Kinder der Ermordeten entgingen diesen nationalsozialistischen Verbrechen nur, weil sie zu jung waren oder in Kinderheimen und Pflegeeinrichtungen bis zum Ende des „Dritten Reiches“ überlebten. Beide Opfergruppen

sind Verfolgte der rassistischen Politik des Nationalsozialismus.

Die Politik und die Gesellschaft hatten nach 1945 inklusive der noch amtierenden Täter kein Interesse daran, sich mit den Verbrechen an dieser Opfergruppe auseinanderzusetzen. Das gilt für die DDR und die BRD. Erst in den 1980er-Jahren gab es vermehrt Studien zum Thema Zwangssterilisation und „Euthanasie“ in den ehemaligen Einrichtungen und Anstalten, zu den Medizinverbrechen und zu den Lebenswegen der Menschen selbst. Guillaume Dreyfus befragte Mitglieder des Bundes der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten und gibt mit seinem zeitgeschichtlichen Dokumentarfilm den Opfern eine Stimme. ■

Dokumentarfilm von Guillaume Dreyfus
Frankreich 2014, 58 Minuten
Sprache: Deutsch
Der Dokumentarfilm kann als DVD bei der AG Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten bestellt werden. Anfragen senden Sie bitte per Mail an: bez@ag-bez.de.

Eine Szene aus dem Film: Werner Mühlbrecht auf dem Gelände der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Berlin-Buch, von wo aus seine Mutter in die T4-Tötungsanstalt Bernburg deportiert und dort ermordet wurde.



Foto: Guillaume Dreyfus

Neue Repräsentanz in Berlin

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma eröffnet Berliner Repräsentanz im Aufbau Haus

Am 23. Oktober 2015 wurde die neue Repräsentanz des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma eröffnet.

Mit der Berliner Repräsentanz im Aufbau Haus am Moritzplatz möchte das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma die Situation der Minderheit im heutigen Europa kritisch beleuchten und mit den politisch Verantwortlichen diskutieren – dort, wo die zentralen Entscheidungen getroffen werden. Schwerpunkte der Arbeit sollen vor allem die Bereiche Menschenrechtsbildung, Antirassismusbildung sowie historische Aufklärung sein. Nicht zuletzt sollen in der Repräsentanz die vielfältigen kulturellen Beiträge von Sinti und Roma sichtbar gemacht werden.

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats und Geschäftsführer des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, betonte in seiner Eröffnungsrede, dass gerade in Zeiten, in denen wieder

verstärkt antiziganistische Denkstrukturen im öffentlichen Diskurs zu beobachten sind, es für die Minderheit der Sinti und Roma von großer Wichtigkeit sei, in der Bundeshauptstadt Gesicht zu zeigen und rassistischen Tendenzen entgegenzutreten. Weiter sagte Rose: „Durch seine in 25-jähriger Arbeit erworbene inhaltliche Kompetenz hat das Heidelberger Zentrum als Facheinrichtung im In- und Ausland große Anerkennung erlangt und gilt inzwischen geradezu als Modell einer erfolgreichen Minderheitenvertretung. Umso wichtiger ist es, dass wir diese Kompetenz hier in Berlin – dank der Aufnahme in das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ – nun noch stärker zur Geltung bringen können. Ein thematischer Schwerpunkt des Bundesprogramms ‚Demokratie leben!‘ liegt auf der Bekämpfung des Antiziganismus. Damit hat die Bundesregierung die gesellschaftliche Gefahr, die von dem tief verwurzelten Rassismus gegenüber Sinti und Roma ausgeht, und die Notwendigkeit von dessen Bekämpfung ausdrücklich als Bestandteil der politischen Agenda anerkannt.“

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats und Geschäftsführer des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, während der Eröffnung der Repräsentanz in Berlin.

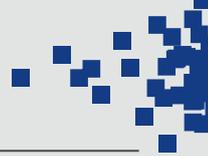
Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sagte in seiner Rede: „Eine offene, demokratische und tolerante Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen ungeachtet ihrer Herkunft gleichwertig sind und teilhaben können. Das Bundesfamilienministerium fördert nun auch in Berlin einen Ort, der ein Verständnis für die Lebenswirklichkeiten von Sinti und Roma vermittelt und die Arbeit gegen Antiziganismus unterstützt. Ich bin froh, dass wir zu diesem Ort der Kultur, der Begegnung und des politischen Engagements unseren Beitrag leisten.“

Matthias Koch, Geschäftsführer des Aufbau Verlags und der Aufbau Haus GmbH betonte den Dialogcharakter der neuen Repräsentanz: „In diesem Haus, in diesem Raum, können die Vertreter der Minderheit selbstbewusst und gleichberechtigt den Dialog mit Vertretern der Mehrheitsgesellschaft führen.“

Der erste programmatische Höhepunkt in der neuen Repräsentanz war bis zum 19. Dezember 2015 die Ausstellung „Portraits Düsseldorfer Sinti (1931–1949)“ mit Werken Otto Pankoks. Die Porträts entstanden vom Beginn der 1930er-Jahre an bis zu Pankoks Lebensende und umfassen alle künstlerischen Techniken, deren er sich bediente. Während Darstellungen von Sinti und Roma in der bildenden Kunst oft von tief verwurzelten Stereotypen oder exotisch-romantischen Projektionen überlagert sind, lässt Otto Pankok die von ihm porträtierten Menschen in ihrer Individualität und in ihrer unbedingten Würde hervortreten. Die Berliner Repräsentanz wurde mit finanzieller Unterstützung des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ermöglicht. ■

Foto: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e.V.





Liane Czeremin

Mit Energie und Leidenschaft

Ehemaliger Gauck-Pressesprecher Johann Legner gestorben

Der Journalist und Buchautor Johann Legner, Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., war zwar im Verein nicht sehr bekannt. Bei einigen Vorstandsmitgliedern und in der Berliner Geschäftsstelle wird er jedoch in lebhafter Erinnerung bleiben. Als Legner im Jahr 2010 ins Büro des Vereins auf der Berliner Stauffenbergstraße kam, brachte er die große Politik mit. Von hier aus organisierte er ehrenamtlich den Wahlkampf des Bundespräsidenten-Kandidaten Dr. h.c. Joachim Gauck, der zu der Zeit Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. war. Die Energie und die Leidenschaft, mit der Legner die Aufgabe anging, haben hier alle beeindruckt. Auch später kam er häufiger vorbei, für Absprachen oder einfach, um Hallo zu sagen.

Johann Legner war von 1996 bis 2000 Pressesprecher von Gauck, als dieser Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde war. Es



Foto: © C. Bertelsmann

Johann Legner (1954–2016)

gab einiges, was die beiden verband. Zum Beispiel die Freude an kontroversen Debatten und die Angewohnheit, auch dann

eine klare Meinung zu vertreten, wenn sie Folgen für die eigene Person haben konnte. Zum Beispiel das kreative Chaos, das manchmal in die Selbstorganisation Einzug hielt. Nicht zuletzt Sprachgewandtheit und Charisma. Legner hat Gauck auch nach Ende von dessen Amtszeit unterstützt, er glaubte an die Bedeutung seiner Themen und an das Potenzial seines ehemaligen Chefs. Er briefte Joachim Gauck manchmal bei Themen, in die dieser sich neu einarbeitete. Und beim Vorbereiten einiger wichtiger Reden Gaucks hatte auch Legner seine Feder angesetzt.

Johann Legner wurde 1954 in Bopfingen geboren und studierte an der Berliner Freien Universität und in Straßburg Politikologie und Volkswirtschaft. Er gründete die Berliner Ausgabe der taz mit und arbeitete später unter anderem bei den Fernsehsendern SFB und n-tv. Besonders wichtig waren ihm die christlich-jüdische Verständigung, die deutsch-amerikanischen Beziehungen, später die Aufarbeitung der DDR-Geschichte und die Integration von Migrantinnen und Migranten. Von 1986 bis 1990 gehörte er zum Mitarbeiterstab der Senatorin Cornelia Schmalz-Jacobsen, langjährige stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Mit ihr blieb er bis zuletzt eng befreundet.

Nach seiner Arbeit für die Unterlagenbehörde ging Legner als Politikchef und stellvertretender Chefredakteur zur Lausitzer Rundschau nach Cottbus. In Brandenburg erwiesen sich die Erfahrungen mit den Stasi-Akten als nützlich. Legner war maßgeblich an der Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit innerhalb der Lausitzer Rundschau beteiligt. Als die Chefredaktion Anfang der 2000er-Jahre beschloss zu untersuchen, inwiefern Kolleginnen und Kollegen früher mit der Stasi zusammengearbeitet hatten, war Legner für die Bewertung der Unterlagen verantwortlich. Er war es auch, der die Ergebnisse später »

Johann Legner im Gespräch mit Bundespräsident Joachim Gauck beim Empfang im Rahmen der Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. 2012 in Berlin.



Foto: Tobias Kleinod

der Belegschaft vorstellte. Es wurde genau geprüft, ob die betroffenen Mitarbeiter tatsächlich anderen Kolleginnen und Kollegen geschadet hatten oder nur auf dem Papier als IM geführt wurden. Der vorhergehende Umgang der Betroffenen mit ihrer Vergangenheit wurde ebenso in die Auswahl der Konsequenzen einbezogen wie die Frage, ob ehemalige Opfer und Täter weiterhin in einem Büro zusammenarbeiten sollten. Mittlerweile gilt die Aufarbeitung der Lausitzer Rundschau als vorbildlich für die Medienhäuser in ganz Ostdeutschland.

Legner brachte eine weltläufige Perspektive nach Cottbus, schrieb die glänzenden Leitartikel und war vielen ein Vorbild. Später ging er als Korrespondent nach Potsdam und setzte sich intensiver mit der Landespolitik auseinander. Hier verbanden ihn seine Themen auch mit der FDP-Politikerin Linda Teuteberg, die als

Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bereits mehrere Artikel aus Brandenburger Perspektive für diese Zeitschrift verfasst hat.

Die Wege von Johann Legner und Joachim Gauck trennten sich in den letzten Jahren mehr oder weniger. Als Gauck 2012 ins Schloss Bellevue einzog, zog es Legner als Agentur-Korrespondent nach Washington. Ein Traum, der leider nur kurzzeitig in Erfüllung ging. Gesundheitlich angeschlagen, schrieb er Bücher, eines über den EU-Konflikt mit Griechenland, zuvor eine Biografie über Joachim Gauck. (Joachim Gauck. Träume vom Paradies, C. Bertelsmann Verlag). Das Porträt des Bundespräsidenten ist nicht autorisiert, kritisch und mit Distanz verfasst, dabei aber fair und sauber recherchiert. In dem Band zeigen sich noch einmal die eindeutige politische Perspektive, die sprachliche Brillanz und die glasklare Hal-

tung von Johann Legner.

Kurz vor seinem Tod berichtete er Cornelia Schmalz-Jacobsen von einem neuen Buchprojekt. Cornelia Schmalz-Jacobsen: „Das Buch sollte von der jüdischen Bevölkerung in seinem Heimatort Bopfingen handeln. Es war ein Herzensanliegen von Legner und endlich hatte er einen Verlag dafür gefunden. Die Trauer und der Schock über seinen plötzlichen Tod sitzen tief.“ ■

Johann Legner beim Empfang im Rahmen der Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. 2012 in Berlin mit Ehefrau Sharona Legner-Zuriel, Linda Teuteberg und Birgitta Ohlsson, damalige schwedische Ministerin für Europa-Angelegenheiten (v. l.).



Foto: Tobias Kleinod

Liane Czeremin ist wissenschaftliche Referentin in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Berlin und kannte Johann Legner seit Ihrer früheren Tätigkeit als Journalistin bei der Lausitzer Rundschau.



Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

Kultursplitter aus der DDR ...

... in Archiven, von Theaterbühnen, aus Verlagen oder Politik.

In den ersten Tagen des vergangenen Dezembers war diese Meldung auf den Feuilletonseiten zu lesen: „Der mit 26.000 Euro dotierte Kurt-Wolff-Preis geht an den Christoph Links Verlag, der sich seit 1989 in zahlreichen Büchern der jüngeren deutschen Vergangenheit und Gegenwart widmet. Die Jury lobt das Programm des Berliner Verlages als ‚eine sorgfältig gestaltete Enzyklopädie der Zeitgeschichte‘.“ Verliehen wird der Preis im Rahmen der Leipziger Buchmesse am 18. März 2016 für ein durchaus mutiges Verlagsprogramm aus handfesten Studien, gescheiterten Reportagen, sorgsam dokumentierten über die Zeit des Nationalsozialismus, über die Geschichte der DDR oder der Bundesrepublik Deutschland und die deutsch-deutschen Beziehungen natürlich auch. Christoph Links hatte ganz früh den Mut, Analysen aus dem Hause des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) herauszubringen, zu einer Zeit, als die kritische Beschäftigung mit der deutsch-deutschen Vergangenheit alles andere als ein Verkaufserfolg zu werden versprach. Glückwunsch also ... und gleich einmal hinein in die DDR-Forschung bei Christoph

Links, Kapitel Kultur, Unterkapitel Literatur. Und glauben Sie bitte nicht, das alles sei längst aufgearbeitete, allertiefste Vergangenheit, auch wenn wir in zwei Archiven beginnen: im Deutschen Literaturarchiv Marbach am Neckar und im Literaturarchiv der Akademie der Künste zu Berlin. Hier liegen viele Vorlässe oder Nachlässe der Autorinnen und Autoren von A wie Erich Arendt oder Bruno Apitz bis S wie Hans Joachim Schädlich und Anna Seghers oder W wie Christa Wolf, aber auch unendlich viel Material über den Umgang mit der DDR-Literatur in Ost wie in West. Verlagsgeschichte also und Verlagsgeschichten, auch über Weggehen und Ausreisen und Ankunft und die verschlungenen Wege, ein „richtiger Schriftsteller“ werden zu können ...

Ulrich von Bülow und Sabine Wolf haben den Band „DDR-Literatur. Eine Archivexpedition.“ herausgegeben. Er ist eine Fundgrube voll von Überraschungen, Unbekanntem und längst Vergessenem; fast ein Programmbuch für Verlage, die sich auf literarische Alt- oder Neuentdeckungen spezialisieren wollen oder einfach den Mut haben, scheinbar längst Vergangenes auszugraben und (wieder oder zum ersten Male) zugänglich zu machen.

Da diskutieren in den 1980er-Jahren die Lyrikerin Sarah Kirsch und der Schriftsteller Hans Joachim Schädlich handfest und

schnell, immer zügig antwortend über die Zeit- und Lebensumstände West, so privat wie politisch, so literarisch wie alltags-tauglich. Beide hatten nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns die DDR verlassen und tauschen jetzt brieflich aus, was zum „Post- und Emigrantenleben“ zu sagen ist: Standortbestimmungen. Sarah Kirsch am 21. Februar 1989: „[...] Ich habe mich ja nie im Exil gefühlt, von Anfang an immer von Umzug gesprochen. Und wir sind ja trotz allem immer noch im gleichen Gebilde, dieselbe Sprache umgibt uns, alle Mutmaßungen über 2 Literaturen, 2 Sprachen betreffen mich sowieso nicht, da hat es früher Einschneidendes gegeben. [...] Wir sind alle nicht im Exil und wer es behauptet, macht sich auf Kosten wirklicher Emigranten vor und nach uns interessant und wichtig.“ In ihren „Diarinen“, ihren Tagebüchern, setzt Sarah Kirsch diesen Dialog dann als Monolog fort. Gerade drei Druckseiten reichen der Autorin Pauline Selbig, um Lust zu machen auf diesen Briefwechsel, auf die Exildiskussion damals und auf Sarah Kirschs Tagebücher sowieso. Und wo ist der Verlag, der sich traut?

Von der Freiheit des Schriftstellers

Vom Ansatz ähnlich, aber im Ergebnis doch ganz anders ist eine gerade 21-seitige Fallstudie von Roland Berbig, ihr Titel: „Günter Kunert – ein DDR-Schriftsteller?“ Das Fragezeichen hinter diesem Titel ist völlig »



Ulrich von Bülow, Sabine Wolf (Hg.)
DDR-Literatur. Eine Archivexpedition.

Christoph Links Verlag, Berlin 2014
Broschierte Ausgabe, 320 Seiten
ISBN 978-3-86153-806-6 • 30,00 €

» ernst gemeint. Roland Berbig erinnert an einen Vorgang 1977 an der Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Germanistik. Ein Student hatte für seine Diplomarbeit das Thema bekommen „Günter Kunert und seine literarischen Beziehungen zu Goethe, Kleist und Heine“. 1977, wohlgemerkt. Der damalige Direktor der Sektion Germanistik hatte verfügt: „Stellt Günter Kunert einen Ausreisantrag, ist er kein DDR-Dichter mehr – und ist er kein DDR-Dichter mehr, dann ist eine Diplomarbeit über ihn ausgeschlossen.“ So weit, so bizarr.

Zehn Jahre später dann, 1987, hat Almut Giesecke, Lektorin im Aufbau-Verlag, feinsäuberlich gezählt und festgehalten: „Von 1950 bis 1980 hat der Aufbau-Verlag insgesamt 17 Titel von Günter Kunert herausgebracht (7 Lyrikbände, 7 Prosabände, 1 Fernsehspiel, 1 Hörspiel, 1 Essayband). In anderen Verlagen der DDR erschienen von Günter Kunert in diesem Zeitraum 12 Publikationen (von unterschiedlicher Gewichtung: vom Poesiealbum bis zu seinem einzigen Roman). Seit 1963 veröffentlicht Kunert seine Arbeiten auch in der BRD.“ Und was ist er nun, damals? Ein DDR-Schriftsteller?

Im Westen publiziert Kunert im Münchner Carl Hanser Verlag, Lektor dort seit 1967: Michael Krüger. Von Anfang an bindet Krüger Günter Kunert ein in seinen Verlag, schnell freundschaftlich der Ton der Briefe, persönlich auch und ganz selbstverständlich. „Lieber volkseigener Frosch“ oder auch „Lieber Herr Dr. Kaulquappe“ als briefliche Anreden ... augenzwinkernde Ironie, sie mag Kunert und Kunert mag sie. Wenig davon dagegen bei Aufbau, hier fremdelt man schon sehr früh und zunehmend. Und dazu kommen verstärkt Ost-West-Veröffentlichungsdiskussionen, nervig selbst noch in der Nach-Lektüre heute. Günter Kunert, ein DDR-Schriftsteller? Eher einer zwischen allen Stühlen, ein Dichter „von außen“, heißt es irgendwo – ein freier Geist. Und wo ist der Verlag, der

sich diese Korrespondenzen zwischen Kunert und Aufbau sowie Kunert und Hanser einfach mal greift als Teil der Literatur- und Zeitgeschichte?

Und verschwenden Sie sich nicht.

Wir bleiben noch ein bisschen in der Zeit. 1977, da erscheint im Rowohlt Verlag „Versuchte Nähe“, der erste Erzählungsband von Hans Joachim Schädlich, im Westen also. Dabei hatte der gar nicht mehr so junge Jungautor Schädlich, hauptberuflich Linguist an der Berliner Akademie der Wissenschaften, seit Jahren versucht, im Rostocker Hinstorff Verlag zu publizieren, exakt seit Oktober 1971 (wie eine interessierte Nachricht des späteren Cheflektors Kurt Batt belegt). Ein Jahr später wird Heinrich Ehlers als Lektor zuständig, Judith Mach hat diese Korrespondenz eingesehen: hier zwei Seiten Faksimile eines Briefes von Ehlers, zwei Seiten erläuternder Text dazu: Der Lektor ist angetan, ganz offensichtlich, doch er zuckt zurück. Er sieht Schädlichs Erzählungen „Catt“ oder „Kurzer Bericht vom Todfall des Nikodemus Frischlin“ nicht „im Kontext einer sozialistischen Literatur“ und rät deshalb: „Lassen Sie es ein ‚Positives‘ werden (Sie wissen, daß wir keine platten Realismusvorstellungen haben), nehmen Sie die Realität in die Hand, Hände voll, und machen Sie damit, was nur Schädlich machen kann. Und verschwenden Sie sich nicht. Es ist wirklich kein Schulmeister, der Ihnen das sagt.“ So weit, so ratlos nach diesem Kurztipp aus dem Verlagswesen der DDR.

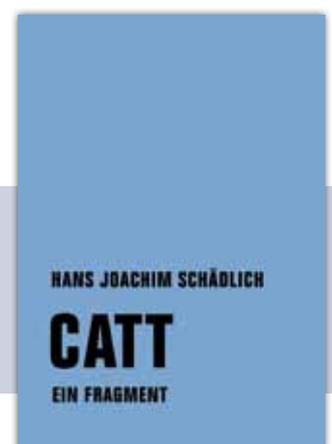
Wenige Monate nach dieser „Archivexpedition“ durch die DDR-Literatur aus dem Christoph Links Verlag (uneingeschränkt zur Lektüre empfohlen!) erscheint im Verbrecher Verlag von Hans Joachim Schädlich „Catt. Ein Fragment.“ Herausgegeben hat es die Lektorin Krista Maria Schädlich (sie beide waren damals 1977 zur Zeit der Übersiedlung in die Bundesrepublik noch verheiratet). Ein ausführliches Nachwort

hat sie dazu geschrieben, ein Lehrstück aus der Geschichte der DDR-Verlage am Beispiel des Rostocker Hinstorff Verlages. Oder präziser: ein Lehrstück über Publikationsverbote ohne Publikationsverbot. Schädlich wird animiert, Erzählungen zu schicken. Schickt er Erzählungen, dann passen sie nicht, nicht gesellschaftlich, nicht politisch, nicht inhaltlich und nicht überhaupt oder nicht so, aber er möge doch weiter arbeiten und weiter schicken. Und so geschieht es trotz wechselnder Lektoren ohne jede wirkliche Chance für den Jungautor vom September 1972 bis März 1976: Nach einem Treffen mit Verlagschef Konrad Reich und Cheflektor Horst Simon (IM „Schönberg“) im Berliner Hotel „Unter den Linden“ schickt Hans Joachim Schädlich keine Manuskripte mehr nach Rostock. Ihm wurde, so hat er später notiert, „zweistimmig Besinnung und Einkehr empfohlen. Einen Blick für die Wirklichkeit zu gewinnen, einen neuen Schreibansatz zu finden – das sei die Aufgabe. Konrad Reich legte den Besuch eines Bergwerks nahe oder Arbeit zur Erntezeit, zum Beispiel auf einem Mähdrescher.“

Merkwürdig, denn auch daran ist zu erinnern: Spätestens seit 1973, seit der Buchausgabe „Der neuen Leiden des jungen W.“ von Ulrich Plenzdorf galten der kleine Hinstorff Verlag in Rostock und sein Verlagsleiter als besonders mutig und fortschrittlich oder plietsch, also geschickt. Kritische Autoren wie Franz Fühmann, Klaus Schlesinger, Jurek Becker oder eben Ulrich Plenzdorf waren hier zu Hause. Und für Hans Joachim Schädlichs „Catt“, diese kleine Geschichte über die Schriftstellerin Catt, die ihr Geld als Taxifahrerin in Ostberlin verdient, dabei ihre plötzlich wie vom Erdboden verschluckte Freundin

Hans Joachim Schädlich
Catt. Ein Fragment.

Verbrecher Verlag, Berlin 2015
Gebundene Ausgabe, 120 Seiten
ISBN 978-3-95732-123-7 • 19,00 €



Janina sucht und diese Suche literarisch nachzeichnet ... für „Catt“ war kein Platz bei Hinstorff, noch nicht einmal in den Schubladen der Lektoren für die Zeit einer nächsten Tauwetterperiode?!? So historisch wie bizarr, nur mit dem kleinen feinen Unterschied jetzt: Sie können „Catt“ nachlesen heute, als Fragment, ja, doch es lohnt! Sehr!

Kulturelles Erbe oder Opposition?

Sie sitzen, meine Damen und Herren? Gut. Am 25. März 1962 hält Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des Nationalrates der Nationalen Front eine Rede, in der er keinen Hehl aus seiner „Faust“-Begeisterung macht und Goethe nach dessen „Faust II“ quasi weiterdichtet, so: Die „Arbeiter und Bauern“ würden den „dritten Teil des ‚Faust‘ mit ihrer Arbeit, mit ihrem Kampf für Frieden und Sozialismus [...] schreiben.“ Das „Faust“-Erbe als Erziehungsauftrag für die Theater in der DDR. Und nur drei Jahre später setzt Fritz Bennewitz in Weimar genau diesen Auftrag um, und andere werden folgen. Das ist der eine, der seit Wolfgang Langhoff 1949 am Deutschen Theater fast schon traditionelle Weg „vorwärts“ zu Goethes Nationalepos in der DDR.

Der zweite Weg ist kaum weniger traditionsbewusst mit immerhin Brecht als Ahnherr und Egon Monk als seinem Schüler: 1952 wird dessen Neufassung des „Urfaust“ mit dem Berliner Ensemble am Brandenburgischen Landestheater Potsdam gezeigt (und nach wenigen Aufführungen als zu kritisch, zu oppositionell, als nahezu staatsgefährdend wieder abge-

setzt, übrigens trotz eines ziemlich begeisterten Presseechos). Brecht wird geprügelt, der Schüler ein wenig weniger. Dass diese Inszenierung Jahre später für Adolf Dresen am Deutschen Theater („Faust I“ 1968) und für Christoph Schroth („Faust I und II“ am Schweriner Staatstheater 1979) wie selbstverständlich Vorbildcharakter hat, das ist Anfang der 1950er-Jahre nicht zu ahnen.

Apropos: Christoph Schroths provokante Schweriner „Faust“-Inszenierung 1979 war nicht nur ein Publikumsmagnet damals, ihre Besucher berichten bis heute mit glänzenden Augen und schwärmen ohne jede Einschränkung, allein die Daten, Zahlen, Fakten sprechen Bände: Nach 50 Aufführungen mit über 25.000 Besuchern strahlt Ostern 1983 der DFF, der Deutsche Fernsehfunke, die Inszenierung aus (wer gräbt das eigentlich mal wieder aus in der ARD?!?); nach zehn Jahren, 1989, werden 111 Vorstellungen gezählt und 60.000 Zuschauer. Und dann ist Schluss 1989 – so und so. Und heute geht es dem Schweriner Staatstheater ... doch das ist eine andere, in jedem Fall traurigere Geschichte.

Die „Faust“-Rezeption in der DDR, „Faust“ als „Vorbild des sozialistischen Menschen und der sozialistischen Lebensweise“ und seine Entwicklung zwischen 1949 und 1989 auf den DDR-Brettern, die die Welt bedeuteten, gehört zu den aufregendsten Kapiteln der deutschen Theatergeschichte. Sie ist dort gut nachvollziehbar beschrieben, wo es um die einzelnen Entwicklungsstationen geht, um die Theater selbst, ihre Protagonisten, ihre Aufführungen und deren Rezeption. Sie wird da zu

unnötig schwieriger Lektüre, geht es um das Grundsätzliche, um die gesellschaftlichen, die politischen, die ideologischen Vorgaben und Widersprüche. Guido Böhm hat eine Dissertation geschrieben. Sie liest sich in ihrer unnötig fremdwortgespickten Wissenschaftssprache, sagen wir es freundlich, nicht gerade leicht. Unnötig, und schade auch, sehr sogar.

Als der Berg kreiste ...

Wir sind immer noch in der Zeit, konkret in den Jahren zwischen 1973 und 1986. Da muss der Mensch eine ganze Weile kramen, um sich zu erinnern. Oder was wissen Sie noch vom innerdeutschen Kulturabkommen und von seiner über zehnjährigen Verhandlungsgeschichte, von den konkreten Ergebnissen ganz zu schweigen, von seiner Umsetzung also? Da war nicht mehr viel Zeit damals, bis die Mauer fiel. Eine große Ausstellung ist zu erinnern im Alten Museum in Ost-Berlin, Oktober 1986: „Positionen. Malerei aus der Bundesrepublik Deutschland“. November 1986 folgte das Gegenstück in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens in Bonn, die Ausstellung „Menschenbilder. Kunst aus der DDR.“ Pina Bausch tourte mit ihrem Tanztheater durch die DDR: Berlin, Gera, Cottbus, Dresden 1987. Und dann war da die Ausstellung „Zeitzeichen“ im Rahmen der „Tage der Kunst und Kultur aus Nordrhein-Westfalen“, die Ministerpräsident Johannes Rau am Abend des 9. November 1989 in Leipzig eröffnete ... das war es dann schon. Kurz nach diesem Abend war (fast) alles möglich, schon gar der ungebremsste Kulturaustausch innerhalb Deutschlands ohne Staatsverträge,»



Guido Böhm

Vorwärts zu Goethe? Faust-Aufführungen im DDR-Theater.

Verlag Theater der Zeit, Berlin 2015

Broschierte Ausgabe, 320 Seiten

ISBN 978-3-95749-035-3 • 22,00 €

Sebastian Lindner

Zwischen Öffnung und Abgrenzung. Die Geschichte des innerdeutschen Kulturabkommens 1973–1986.

Christoph Links Verlag, Berlin 2015

Broschierte Ausgabe, 320 Seiten

ISBN: ISBN 978-3-86153-860-8 • 35,00 €



» ohne große Kulturabkommen, ohne staatliche Genehmigungen, einfach so und ganz frei.

Daraus folgt erstens: Das deutsch-deutsche Kulturabkommen hat keine Mauer zum Einsturz gebracht, gerade nur ein paar schon vorhandene kleine Mauerrisse vertieft, vergrößert. Daraus folgt zweitens: Auch Kulturschaffende sind nicht schneller konstruktiv erfolgreich als andere, rutschen sie zwischen die Interessen der Politik Ost und der Politik West zum Beispiel

oder auch umgekehrt. Und daraus folgt drittens, Ausnahmen bestätigen die Regel: Auch ohne Kulturabkommen gab es DDR-Kunst schon auf der „documenta 6“ in Kassel 1977, gemeinsame Filmwochen im Osten und Westen oder den Kunstsammler Peter Ludwig, der DDR-Kunst herrlich zugänglich machte in der Bundesrepublik, manchen bösen Angriffen zum Trotz.

Liest man allerdings heute in Sebastian Lindners detaillierter und faktenreicher Studie nach, wie mühselig, empfindlich,

zeitraubend, manchmal dilettantisch und konsequent und vor allem stur von Runde zu Runde auf beiden Seiten zwischen Bonn und Ost-Berlin verhandelt wurde, dann wundert man sich schon, dass es nach über zehn Jahren überhaupt zu einem Ende kommen konnte (oder durfte?). Die ganz hohe Schule der Diplomatie damals ... und ein leicht amüsiertes Augenzwinkern dazu heute, so viel Abstand darf jetzt sein. ■

Schlüsselroman über den Niedergang des Hauses Ullstein

Andreas H. Apelt

Wenn einer der einflussreichsten Journalisten und Publizisten der Weimarer Republik nach seiner Emigration 1933 einen Roman über das Ullstein-Imperium schreibt, ist das schon einer besonderen Erwähnung würdig. Umso mehr, wenn der Autor Stefan Großmann besser als jeder andere das Innenleben des von den Nazis gleichgeschalteten und schließlich übernommenen Hauses kennt. Großmann, 1875 in Wien geboren, Journalist, Schriftsteller, Dramaturg, gründete einst die Wiener *Freie Volksbühne*, bevor er Leitender Feuilleton-Redakteur der *Vossischen Zeitung* wurde. Seit 1920 gab er mit Ernst Rowohlt die Zeitschrift *Das Tage Buch* heraus. Der erklärte Nazigegner emigrierte 1933 nach Wien und starb dort im Jahre 1935 mittellos.

Dass Großmanns Schlüsselroman heute vorliegt, ist das Verdienst des Berliner Literaturwissenschaftlers und Professors für Neuere Deutsche Literatur Erhard Schütz. Ihm haben wir die Herausgabe dieses bis-

her unveröffentlichten Schlüsselromans zu verdanken und die interessante Einsicht in die Krisenjahre des Ullstein-Hauses 1928 bis 1934. Mit einem umfangreichen Vorwort führt Schütz in das Thema ein und erläutert detailgerecht und profund die Zusammenhänge. Somit ist das Buch weit mehr als ein Abbild der Zeit. Es lässt Geschichte und Geschichten um das größte deutsche Verlagshaus lebendig werden. Dazu bedurfte es nicht einmal der Nennung Hitlers, Hindenburgs, Brünings oder von Papens, die allesamt eine direkte oder indirekte Rolle spielen. Der Roman ist damit Zeitgeschichte pur.

Großmanns Roman bietet nicht nur Einblicke in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Konzerns, sondern ist auch ein Dokument, das bezeugt, wie jüdische Hoffnungen und Illusionen die gesellschaftlichen Debatten der späten 1920er- und frühen 1930er-Jahre begleiten. Ausgangspunkt des Romans ist ein Streit unter den sechs Kronstein-Brüdern,

die für die fünf Ullstein-Brüder stehen. Auch hier haben sehr unterschiedliche Charaktere die verlegerischen Geschicke eines großen Verlagshauses in der Hand. Mit Argwohn beobachten die Brüder, wie Friedrich, der politische Kopf des Hauses, seine Macht auszuweiten versteht. So nutzen sie dessen Ambitionen, die Journalistin Goldscheider zu ehelichen, um ihrerseits mithilfe des Chefredakteurs Klotz Intrigen zu spinnen und der jungen Frau Doppelspionage und Lasterhaftigkeit nachzusagen. Ziel ist die Entfernung des Bruders aus dem Verlag. Denn, und das zieht sich wie ein roter Faden durch den lesenswerten Roman, es geht um die politische und wirtschaftliche Neuausrichtung des angeschlagenen Hauses in politisch aufregenden Zeiten.

Eine besondere Rolle in der Ausrichtung des Kronstein-Verlages spielt Pastor Wüst,

Andreas H. Apelt ist Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V. und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Stefan Großmann

Wir können warten oder Der Roman Ullstein.

Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2014
Hardcover mit Schutzumschlag, 384 Seiten
ISBN: 978-3-945256-02-2 • 22,99 €





der als Redakteur im Haus eine Anstellung findet. Er ist ein frommer Mann, der 800.000 die Morgenpost lesenden Berlinern die Boulevardisierung vorenthalten will. Vor allem aber will er die Aussöhnung mit Frankreich politisch vermitteln. Ein Vorstoß, der Ende der 1920er-Jahre auf erhebliche Ablehnung stößt. Seine Weltfremdheit wird ihm schließlich zum Verhängnis, nachdem er bereits das Verlagshaus in Unterstützer und Gegner seines Begehrens teilt. Doch nicht allein diese politischen Implikationen sorgen für Sprengstoff im Verlag. Da ist auch die im Verlagsleben nicht ausbleibende Polarisierung zwischen Unterhaltung und Aufklärung, Kommerz und politischem Inhalt. Ein Dilemma angesichts sinkender Auflagenzahlen und wachsenden politischen Druckes von „nationaler Seite“. Somit

kreist der Roman um politische und gesellschaftliche Verantwortung ebenso wie um die Frage, wer von welchen Interessen profitiert und welche Moral zu opfern ist. Gerade Letzteres wird zum bestimmenden Moment, versteht doch der Verlag immer mehr, seine Fahne in den Wind zu hängen. Der Preis ist hoch.

Während Pastor Wüst vergeblich versucht, einen demokratischen Grundkonsens zu verankern, drängt von Schollwitz, ein Staatssekretär des Finanzministeriums, das Haus in eine andere Richtung. Als Meinungsmacher habe es den Zeitgeist zu spiegeln und zu verstärken. Wie der aussieht, sei offensichtlich. Schließlich, so Schollwitz, der bald in den Aufsichtsrat aufsteigt, habe sich der Volksgeschmack bereits von sozialdemokratisch zu national

gewandelt. Freilich hätten darin Reparationszahlungen an den Erbfeind wenig Platz.

Doch die Anpassung an den Zeitgeist findet noch lange kein Ende. Schon gar nicht im offen zu Tage getretenen Bruderkrieg. Auch eine direkte judenfeindliche Ausrichtung der Blätter wird von einem der Kronstein-Brüder in Erwägung gezogen, „wenn es die einzige Möglichkeit ist, die Zeitungen wieder gewinnbringend zu machen...“.

Die Verlagsrettung des angeschlagenen Hauses lässt sich die Verlagsleitung einiges kosten. Dazu wird der Verlag durch Verbote auf die nationalkonservative Linie gebracht. „Das war die Guillotine der selbständigen, mit Überzeugung geführten Presse“, so der bittere Kommentar des Erzählers. ■

Gedenkstättenpädagogik – Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen

Andreas Mischok

In den vergangenen Jahren waren ein kontinuierlicher Ausbau bestehender Gedenkstätten und die Überarbeitung von Dauer ausstellungen zu beobachten. Erwartungen an die Gedenkstätten an den Orten der NS-Verbrechen haben sich verändert, größere und überregional bedeutende Gedenkstätten werden mittlerweile institutionell vom Bund gefördert und haben zumeist starke Profile als Lernorte und Bildungszentren entwickelt.

Das vorliegende Buch widmet sich der Bildungsarbeit an Gedenkstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen in 23 Aufsätzen, es will einen Überblick zur Situation dieser speziellen Lernorte geben und ein Bindeglied zwischen Theorie und Praxis der Gedenkstättenpädagogik sein. Die Zusammenstellung des von Elke Gryglewski, Verena Haug, Gottfried Kößler, Thomas Lutz und Christa Schikorra im Auftrag der AG Gedenkstättenpädagogik herausgegebenen Werkes verdient Respekt. Viele Autoren arbeiten selbst seit Langem an der erfolgreichen Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft, insbesondere hin zu Lern- und Bildungsorten. Andere schreiben mit eigener Praxiserfahrung über

historisch-politische Bildungsarbeit außerhalb von Gedenkstätten.

Insgesamt wird so in einem weiten Bogen Gedenkstättenpädagogik in ihrer Vielfalt und Vernetzung abgebildet. Das Kapitel „Rahmen und Perspektiven“ stellt zu Beginn gesellschaftspolitische Bezüge her, „Stärken und Herausforderungen“ vertieft dann Theorien und Debatten, während „Zugänge und Methodik“ konsequenterweise den größten Umfang hat. Viele Beiträge verweisen auf Weiterführendes, eine Literaturliste allein der beteiligten Autorenschaft wäre schön gewesen.

Über die Kapitelgrenzen hinweg finden sich im Buch übergreifende Themen, Entwicklungen im gesellschaftspolitischen Kontext von Gedenkstättenpädagogik werden breit thematisiert und so Einflüsse transparent gemacht. Die Geschichte der Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft hin zu den heutigen Bildungs- und Lernorten gehört dazu, ebenso die Darstellung der Veränderungen der staatlichen Förderpraxis von Landes- und Bundeszentralen für politische Bildung. Im Abgleich mit der Pädagogik in historischen Museen und

schulischen Interessen wird der institutionelle Bezugsrahmen von Gedenkstätten sichtbar gemacht. Die wichtige Debatte über das Verhältnis zum Schulsystem wird umfangreich dargestellt, mögliche Synergien aus Partnerschaften werden erläutert, die Eigenständigkeit von Gedenkstätten aber klar angemahnt. Auswirkungen auf die Gedenkstättenpädagogik durch den zunehmenden Trend in der Schule zur „Kompetenzvermittlung“ ohne konkrete inhaltliche Festlegung werden benannt. Eine Abgrenzung von Anforderungen an den Geschichtsunterricht in der Schule wird betrieben, im Sinne einer eigenen Definition von Professionalität in der Gedenkstättenpädagogik.

Zielgruppen- und Bedarfsorientierung, Profilschärfe und Professionalisierung sind relevante Themenbereiche, die ebenfalls übergreifend Aufmerksamkeit erhalten. Die komplexen Anforderungen an pädagogisch Tätige am Ort von Gedenkstätten, deren Qualifikation und Motivation werden erläutert. Die Interaktion mit Gruppen, insbesondere Schulklassen, als Aushandlung von Erwartungen und Ansprüchen wird vertiefend betrachtet. »

» Neben der Beschreibung von mehrtägigen Maßnahmen werden Führungen an Orten mit nationalsozialistischer Vergangenheit als Standardangebote am Ort von Gedenkstätten vorgestellt, Kernaspekte einer guten Führung werden gelistet. Eine Darstellung von eintägigen Projekten, ebenfalls vielfach Standard, hätte einem vollständigen Überblick genutzt. Eventuell hätte eine differenzierte Darstellung der sehr heterogenen Aufstellung pädagogisch Tätiger zwischen Ehrenamt, Honorartätigkeit und Festanstellung zusätzlich erhellend sein können. Die Beschreibung der Positionierung von Migrantinnen und Migranten im Diskurs der Mehrheitsgesellschaft über die NS-Verbrechen, gegen ausgrenzende Erinnerungsdiskurse, ist hier eine wertvolle Ergänzung.

Die Auslotung von Schnittstellen mit anderen pädagogischen Feldern wird breit betrieben, auch zur Überbrückung der Distanz jugendlicher Zielgruppen zum historischen Gegenstand. Ansätze wie Medienutzung, Menschenrechte, künstlerische und berufsspezifische Angebote werden thematisiert. Die Mediatisierung des Alltags wirkt sich merkbar auf Gedenkstättenpädagogik aus, seit Herausgabe des Buches gibt es hier bereits weitere Entwicklungen durch den Einsatz von Medientischen und Tablets. Menschenrechts- und Demokratielernen werden als Möglichkeiten zum besseren Gegenwartsbezug geschätzt, als mehrtägige Seminarformate empfohlen und sollen primär helfen, historische Inhalte zu vermitteln. Ein Blick auf weitere Schnittstellen mit Feldern politischer Bildung, wie

im Bereich Rechtsextremismus-Prävention, wäre hier produktiv. Berufsspezifische Angebote, auch in Verbindung mit Demokratie- und Menschenrechtslernen, werden für mehrere Gedenkstätten beschrieben, auch die eigenständige Perspektive kultureller Bildung am Ort von Gedenkstätten wird dargestellt.

Das Buch, unter überzeugender Redaktion der oben genannten Herausgeberschaft, erfüllt den eigenen Anspruch, einen differenzierten und umfassenden Überblick zu liefern. Die Aufsätze sind zumeist gehaltvoll und kenntnisreich. Wie bereits bemerkt, hätte ich manchmal gerne mehr und weitergelesen. Dieser Überblick über ein so komplexes und heterogenes Arbeitsfeld ist sehr informativ und lesenswert. ■

» **Andreas Mischok** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Ahlem der Region Hannover mit Schwerpunkt Pädagogik. Er hat vielfältige Erfahrungen in der Leitung pädagogischer Formate und Entwicklung von Konzepten am Ort verschiedener Gedenkstätten gesammelt. Zusätzlich ist er als Theaterpädagoge ausgebildet und entwickelt seit 2011 in der Gruppe Historikerlabor e. V. in Berlin Dokumentartheaterstücke als Beitrag zur Erinnerungskultur an die Verbrechen während der Herrschaft des Nationalsozialismus.

» Hg. von Elke Gryglewski, Verena Haug, Gottfried Kößler, Thomas Lutz und Christa Schikorra im Auftrag der AG Gedenkstättenpädagogik.

Gedenkstättenpädagogik.

Metropol Verlag, Berlin 2015

Gebundene Ausgabe, 363 Seiten

ISBN 978-3-86331-243-5 • 22,00 €



IMPRESSUM

Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Titelfoto: Dominik Butzmann

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Liane Czeremin, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden

Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 2364-0251



Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender, Historiker
Ekin Deligöz, Stellvertretende Vorsitzende, MdB
Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.
Dr. Irmgard Schwaetzer, Stellvertretende Vorsitzende, Bundesministerin a.D., Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin
Kerstin Griese, MdB
Ernst Klein, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dieter Althaus, Ministerpräsident von Thüringen a. D., Vizepräsident von Magna International
Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.
Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle
Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung
Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.
Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.
Dr. Alfred Geisel, Vizepräsident des Landtages von Baden-Württemberg a. D.
Iris Gleicke, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
Reinhard Grindel, MdB
Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten
Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)
Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln
Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig
Birgit Kipfer, Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg; Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“
Prof. Dr. Volkhard Knigge, Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora
Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen
Markus Löning, ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe
Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.
Dr. Maria Nooke, stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer
Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Resource Security
Dr. habil. Ernst Piper, Historiker, Verleger
Ulrike Poppe, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg
Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger
Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
Lothar Tautz, Pädagoge und Pastor
Linda Teuteberg, ehemaliges Mitglied des Landtags von Brandenburg
Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung
Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern
Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.
Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.
Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger
Rainer Braam, Unternehmer
Dr. Thomas Goppel, Mitglied des Landtages von Bayern, Staatsminister a. D.
Prof. Dr. Berthold Leibinger, Gesellschafter der Trumpf GmbH & Co. KG

Dr. h.c. Max Mannheimer, Autor und Maler
Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler
Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg
Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern
Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012–2014, Wirtschaftsminister in Thüringen
Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003–2012, Bundespräsident

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a. D.
Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993–2000, Bundesminister a. D.

Klänge des Verschweigens

Ein Film von
Klaus Stanjek

„Ein unmessbar wichtiger Film gegen das Vergessen“

Deutsche Film- und Medienbewertung. FBW



KLAENGEDESVERSCHWEIGENS.WFILM.DE

f / KlaengeDesVerschweigens

JETZT AUF DVD